

# PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man bezieht vom  
Buchhandel, von der Post und  
direkt vom Verlage

Berlin, den 17. Dezember 1919.

In Groß-Deutschland:  
für 12.— Mk. vierteljährlich,  
Mk. 42.— für das Jahr.  
Ins Ausland: für 20.— u. 60.— Mk.

## Die Gehaltsmark.

Der Tarifentwurf, den der Deutsche Bankbeamtenverein für das Bankgroßgewerbe ausgearbeitet hat, ist auf einer ganz neuen Grundlage aufgebaut. An Stelle der in sonstigen Tarifen festgelegten und gestaffelten Einkommen, wird für die einzelnen Gehaltsklassen ein Einkommen gesetzt, dessen Nominalwert sich dauernd in der Weise verändern soll, daß die Gehaltssumme der Bankangestellten jeweils die gleiche Kaufkraft repräsentiert. In jedem Vierteljahr soll durch die Ausarbeitung von Indizes festgestellt werden, um wieviel eine sich gleichbleibende Lebenshaltung sich seit der letzten Ermittlung verteuert oder verbilligt hat. Der so ermittelte Differenzbetrag wird der jeweiligen Teuerungszulage hinzugerechnet oder von ihr abgezogen, so daß unabhängig von den Schwankungen der Kaufkraft des Geldes dem Gehaltsempfänger die Aufrechterhaltung der bisherigen Lebensführung gesichert wird. Mit dieser eigenartigen Tarifgestaltung wird zum erstenmal ein praktischer Versuch mit der Durchführung eines Vorschlages gemacht, der meines Wissens zuerst in der Bossischen Zeitung von Prof. Schlesinger von der Charlottenburger Technischen Hochschule erörtert worden ist. Es handelt sich im wesentlichen darum, den Reallohn der Angestellten konstant zu halten. Wenn dieser Versuch Erfolg haben sollte, so ist mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß er nicht bloß bei Angestelltenverträgen, sondern mehr noch bei den gewerkschaftlichen Tarifabschlüssen der Arbeiter Anwendung finden wird; und sowohl wegen seiner praktischen als auch wegen

seiner wissenschaftlichen Bedeutung ist es notwendig, sich mit ihm des näheren auseinanderzusetzen.

Es bedarf wohl gar keiner besonderen Erwähnung, daß der wirkliche Zweck eines jeden Lohnvertrages darin besteht, dem Gelöhnten eine gewisse Menge von Lebensgütern zuzuführen, und zwar nicht bloß von materiellen, sondern auch von denjenigen ideellen, die nach dem jeweiligen Stande der Kultur zur durchschnittlichen Lebensführung der einzelnen Arbeiter- oder Angestelltenkategorien gehören. Das Geld, in dem der Lohn ausbezahlt wird, ist nicht Selbstzweck des Lohnvertrages, sondern lediglich Mittel zum Zweck der Beschaffung jener Güter und Maßstab ihrer Menge. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung wurde der Lohn ganz oder teilweise in natura, d. h. durch Ueberweisung der Gebrauchsgüter an den Arbeiter entrichtet, und in der landwirtschaftlichen Entlohnungsmethode bildet das Deputat in Gestalt von Erzeugnissen des Gutes, bei dem der Arbeiter beschäftigt ist, noch heute einen wesentlichen Bestandteil des Lohnes. Die Industriearbeiterschaft hat der Warenentlohnung, dem sogenannten Trucksystem, einen immer schärferen Widerstand entgegengesetzt, weil es Gelegenheit bot, den Arbeiter zu übervorteilen. Es gestaltete das Lohnverhältnis unübersichtlich und nahm dem Arbeiter die Möglichkeit, die Konkurrenzverhältnisse des städtischen Marktes zu seinem Vorteil auszunutzen und die Waren dort zu kaufen, wo sie ihm nach Preis und Qualität am geeignetsten erschienen. Wenn im Gegensatz dazu in der Landwirtschaft das Deputat sich erhalten hat, so ist

das wohl wesentlich darauf zurückzuführen, daß auf dem Lande selbst ein Markt für landwirtschaftliche Artikel nicht besteht und der landwirtschaftliche Arbeiter in Nachteil ver-  
setzt werden würde, wollte man von ihm verlangen, daß er zur Deckung seines notwendigen Lebensbedarfes, der an seiner Arbeitsstätte wächst und von ihm selbst geerntet wird, den Weg zu den städtischen Märkten hin und zurück zu gehen.

Unter den normalen Verhältnissen der gesicherten Währung, die in Deutschland bis zum Kriege bestand, war beim industriellen Arbeiter und Angestellten der Geldlohn nicht bloß die bequemste, sondern auch die gerechteste, und für den Lohnempfänger vor-  
teilhafteste Art der Entlohnung. Die Fortschritte der Produktionstechnik bewirkten, daß die wesentlichsten Bedarfsartikel, namentlich für die Bekleidung, im Preise ständig herabgingen, so daß trotz Zollbelastung mancher wichtiger Nahrungsmittel und Gebrauchs-  
artikel im großen und ganzen bei gleichbleibendem Nominallohn der Reallohn eher eine steigende Tendenz zeigte. Nimmt man dazu, daß die nach aufwärts gerichtete Tendenz der städtischen Mieten und das natürlich wachsende Bedürfnis an den Kultur-  
gütern teilzunehmen, entweder durch periodisch erfolgende Gehaltserhöhungen, bei den Angestellten oder durch die Errungenschaft von Lohnkämpfen bei der Arbeiterschaft ausgeglichen wurden, so konnte im allgemeinen der Arbeiter und der Angestellte mit der Geldentlohnung zufrieden sein. Die voll-  
kommene Veränderung, die die Kaufkraft des Geldes als Folge des Krieges und der deutschen Niederlage in Deutschland erfahren haben, hat die Dinge inzwischen wesentlich gewandelt. Selbst erhebliche Lohn- und Gehaltserhöhungen haben für die enorme Preissteigerung der lebenswichtigsten Artikel den Lohnempfänger nicht zu entschädigen vermocht. In die Lohnkämpfe ist ein vergiftendes Moment hineingetragen worden: Der Arbeitgeber hat die Empfindung, dem Arbeitnehmer fortdauernd entgegenzukommen, ohne daß sein Entgegenkommen Anerkennung findet, der Arbeitnehmer, sieht seine Lebensführung von Tag zu Tag schwieriger werden, und glaubt sich vom Arbeitgeber, der seine Artikel fortdauernd zu erhöhten Preisen verkauft, überborteilt. Der Unternehmer verlangt, daß der Arbeiter genau so wie er selbst, auf gewisse Genüsse verzichtet. Der Arbeiter dagegen sieht, wie er,

obwohl solche Verzichtete bei ihm selbstverständlich sind, sich in einen vergeblichen Kampf gegen das Anschwellen der Preislast verstrickt. Das Schlimmste dabei ist, daß beide Teile Recht haben. Nur bei ganz wenigen Unternehmergruppen ist der Verdienst gegen früher gleichgeblieben oder gar gestiegen. Und vielfach bedeuten konstante oder wachsende Verdienste bloß Einnahmen aus Ausverkäufen solcher Waren, die im nächsten Jahre gar nicht wieder hergestellt werden können. Eine große Zahl von Unternehmern — wahrscheinlich ist es die Mehrheit — erzielt trotz wesentlich höherer Verkaufspreise geringeren Gewinn, weil nicht bloß der Arbeitslohn, sondern mehr noch alle Materialien und Aufwendungen sich im Preise vervielfacht haben. Der Angestellte dagegen sieht eine Schädigung darin, daß die Höhe seines Lohnes jede Beziehung zu der dafür kaufbaren Warenmenge verloren hat.

Die sozialistische Theorie geht davon aus, daß der Wert jeder Ware sich zurückführen läßt auf die Menge von Arbeit, die in ihr steckt. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit, um eine Ware herzustellen, ist bei den verschiedenen Waren natürlich verschieden. Aber der Wert der Arbeitsstunde bleibt sich im großen und ganzen für die Herstellung aller Waren gleich, und deshalb stehen die natürlichen Tauschwerte der einzelnen Waren in einer sich gleichbleibenden Relation. Steigt der Lohn für die Arbeitsstunde in einer Branche, so pflanzt sich diese Steigerung gewöhnlich auf die anderen Branchen fort, so daß im natürlichen Verhältnis die Menge der Waren, die der einzelne Arbeiter als Ertrag für eine Arbeitsstunde eintauschen kann, sich gleichbleibt. Dieses Verhältnis kann sich wohl hier und da etwas verschieben, wird sich aber kaum sehr wesentlich verändern. Nun ist der natürliche Tauschwert der sozialistischen Lehre nicht zu verwechseln mit dem Preis, der an Geld gemessen wird. Und alle Veränderungen, die etwa auf der Geldseite des Tauschverhältnisses vor sich gehen, berühren den gesellschaftlichen Tauschwert der Waren nicht. Durch die Geldrevolution, bei der Verschiebungen auf der Waren- und der Geldseite sich nicht immer klar erkennbar vermengen, muß natürlich bereits beim eigentlichen Handarbeiter die Lohnrelation sich verwirren. Trotzdem ist der Arbeiter wenigstens sicher, die volle Erhöhung des Wertes der Arbeitsstunde zu bekommen, wenn auch durch den Geldausdruck dieses

Wertes ein Moment der Ungewißheit in seine Entlohnung kommt. Anders liegt die Sache bei dem Angestellten, der nicht an der Produktion der Ware teilnimmt, sondern nur beim Gütertausch hilft. Für ihn hat der Geldschleier die Dinge viel undurchsichtiger gestaltet, und tatsächlich sind die Angestelltegehälter nicht im gleichen Maße den veränderten Verhältnissen angepaßt worden, wie die Löhne der Arbeiter. Es ist daher begreiflich, daß gerade er besonders lebhaft den Wunsch empfindet, den Geldschleier zu zerreißen. Bei ihm, wie heute überall in der Gesellschaft, besteht der Wunsch, möglichst wieder zum primitiven Warenaustausch zurückzukehren und seine Arbeit direkt in Verbrauchsgüter umzuwechseln. Da das aber bei der spezifisch auf den Geldtausch aufgebauten Konstruktion der kapitalistischen Gesellschaft nicht geht, so tritt an dessen Stelle das Bedürfnis, den Geldlohn auf seine Kaufkraft zu prüfen und ihn so zu gestalten, daß jeweils die wechselnde Lohnsumme der gleichen Kaufkraft entspricht.

In dieser Richtung scheint nun die Berechnung des Lohnes nach Indexziffern das Ei des Kolumbus darzustellen. Aber bei näherem Zusehen ergeben sich doch recht schwere Bedenken. Zunächst schon gegen die Festsetzung des Indexes. Unter den zünftigen Nationalökonomern ist die Schwere des Problems, die jeweilige Kaufkraft des Geldes einwandfrei zu ermitteln, schon lange erkannt. Es kommt dabei nicht bloß auf die Preise der einzelnen Artikel, sondern auch auf ihre Notwendigkeit im Haushalt und auf die Menge ihres Verbrauches an. Es spielen dabei, wie sich das gerade jetzt sehr deutlich zeigt, auch die Verhältnisse der einzelnen Landstriche eine große Rolle. Diese Bedenken wachsen nun noch angesichts des besonderen Umfangs, den der deutsche Bantbeamtenverein dem Index zu geben wünschte. Er soll nicht nur die wesentlichen Waren, sondern auch die Mieten und die Steuern umfassen. Sehr bedenklich scheint namentlich die Einbeziehung der Steuer, denn die Einkommensteuer soll ja gerade einen Abzug von dem feststehenden Einkommen des Angestellten bedeuten. Und wenn man von dem finanzpolitischen Zweck jeder Steuer absieht, so soll gerade mit der Einkommensteuer in heutiger Zeit auch noch die volkswirtschaftliche Wirkung erzielt werden, den Aufwand einzuschränken. Unter Umständen sogar auch die Kaufkraft für notwendige Güter zu kürzen. Wird jetzt, wie es beabsichtigt

scheint, die Steuer bei der Feststellung der Kaufkraft der Gehälter berücksichtigt, so muß das zur Folge haben, daß die Tendenz, auch die direkten Steuern abzuwälzen, wachsen und sich bald vollkommen durchsetzen wird. Da auf diese Weise für den Unternehmer die Steuern seiner Angestellten zu einem Teil der Produktionskosten werden, so muß sich die Abwälzung der Steuern von Seiten der Angestellten in eine Erhöhung der Warenpreise umsetzen. Die Erhöhung der Warenpreise führt dann wiederum zu einer Erhöhung der Indexziffer, und diese Erhöhung der Indexziffer schafft automatisch eine weitere Erhöhung des Geldlohnes, also eine weitere Entwertung der geldlichen Kaufkraft.

Darin liegt überhaupt die Gefahr des neu vorgeschlagenen Verfahrens: Angestellte und Arbeiter werden abgestumpft gegen die Bewegung der Warenpreise, die für sie eine praktische Bedeutung gar nicht mehr besitzt. Und es kann sich auf diese Weise schließlich ein Kreislauf entwickeln, der erst bei der völligen Entwertung der Mark von selbst in sich zusammenfällt, dann aber unserer gesamten Produktion ein schreckliches Ende bereitet. Wenn man glaubt, daß die natürliche Besserung der Produktionsverhältnisse (an die ich nicht zu glauben vermag) es zu solchem äußersten nicht kommen lassen wird, so würde trotz allem in dieser Abstumpfung gegen die Veränderung der Warenpreise, ein schwerer gesellschaftlicher Nachteil gesehen werden müssen. So sehr ich mich dauernd gegen eine Lohnpolitik vom reinen Konsumentenstandpunkt gewehrt habe, die ein Naturrecht auf billigen Wareneinkauf festlegen möchte, so ist gerade der Arbeiter auch in seiner Eigenschaft als Konsument zur Kontrolle der Warenpreise unentbehrlich. Aber nicht bloß, weil ihm auf diese Weise ein gewisses Maß an Reallohn gewährleistet sein soll, sondern weil es ein Ziel verbesserter Produktionstechnik und erhöhter produktiver Wirtschaft sein muß, die Ware billiger herzustellen, und trotzdem am einzelnen Stück mehr zu verdienen, und auch den Arbeiter an diesem Mehr zu beteiligen. Darin, daß solche Kontrolle als Ansporn zu erhöhter Produktivität fortfällt, sehe ich auch die allerschwerste Gefahr der Einrichtung der Gehaltsmark. Und deshalb scheint es mir notwendig zu sein, so bestechend der Gedanke auch ist, und so sehr er vielleicht auch an sich geeignet sein kann, einer Verbesserung der Lohnungsmethode den Weg zu bahnen, das volkswirtschaftliche Für und Wider der neuen Idee erst sorgsam zu prüfen, bevor man sich auf ein Experiment einläßt, das namentlich in seinen volkswirtschaftlichen Folgen heute noch gar nicht zu berechnende Fernwirkungen ausüben kann.

# Neue Steuervorlagen.

Von Fritz Naphthali.

Der Nationalversammlung sind in den letzten Wochen drei neue Steuervorlagen vom Reichsfinanzminister Erzberger überreicht worden. Der Entwurf eines Landessteuergesetzes soll das Verhältnis der Landessteuern und Gemeindeabgaben zu den Reichsfinanzen regeln. Die Entwürfe über eine Reichseinkommensteuer und eine Kapitalertragssteuer sollen den materiellen Teil der sogenannten Erzberger'schen Reichsfinanzreform fortsetzen. Es braucht an dieser Stelle nicht an der Hand dieser Gesetzesentwürfe noch einmal darauf hingewiesen zu werden, daß das Aneinanderreihen von Steuervorlagen, die sich mehr oder minder in alten ausgetretenen Bahnen bewegen, nicht genügt, um eine wirkliche Sanierung der Reichsfinanzen in die Wege zu leiten. Weder wird es Erzberger mit diesen Steuervorlagen gelingen, den Finanzbedarf des Reiches wirklich zu decken, noch findet in ihnen die aus finanzpolitischen Gründen und aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen notwendige organische Verbindung der Finanzgesetzgebung mit dem rationalen Aufbau der neuen deutschen Wirtschaft ihren Ausdruck. Man könnte dazu neigen, um der Unzulänglichkeit der Gesamtheit dieser systemlos aneinandergereihten Steuern willen, die Kritik der Einzelentwürfe zu vernachlässigen, aus der Erwägung heraus, daß vieles von dieser Gesetzgebung doch nur Papier bleiben wird und daß die zwingenden Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Wirklichkeit über kurz oder lang doch zum Ersatz dieses Flickwerks durch einen ganz anders gearteten Aufbau der Finanzwirtschaft führen werden. Trotzdem diese Erwägung sicherlich der Berechtigung nicht entbehrt, müssen gerade die beiden jetzt vorliegenden, sachlich eng zusammenhängenden, materiellen Gesetzesentwürfe: die Reichseinkommensteuer und die Kapitalertragssteuer auch in ihren Einzelheiten kritisch eingehend gewürdigt werden. Denn es ist ja nicht zweifelhaft, daß auch in einer ernsthafteren und deshalb dauerhafteren Reichsfinanzreform die Reichseinkommensteuer immer einen wichtigen Platz einnehmen wird. Gerade bei diesem Gesetz liegt deshalb die Gefahr vor, daß Unzulänglichkeiten, die jetzt zum Beschluß erhoben werden, dauernde Schäden mit sich bringen.

Für die geringe Produktivität an Ideen im Reichsfinanzministerium ist es charakteristisch, daß in dem Entwurf eines Kapitalertragssteuergesetzes der Entwurf der Kapitalrentensteuer, der im April d. J. von dem damaligen Reichsfinanzminister Schiffer veröffentlicht wurde, und der dann unter dem Eindruck der allgemeinen scharfen Kritik wieder von der Bildfläche verschwunden war, seine fast unveränderte Wiederauferstehung feiert. Es erübrigt sich an dieser Stelle, über die Robheit dieser gleichmäßigen in jeder Beziehung ungestaffelten Kapitalertragssteuer von 10 vom Hundert viel zu sagen, weil im „Plus“ vom 9. April (Heft 15/16) unter der Überschrift „Steuergröstele“ schon ausführlich die Idee der undifferenzierten Besteuerung der Kapitalerträge beleuchtet und verworfen worden ist. Das Neue der jetzt geschaffenen

Lage besteht, wenn man von unbeträchtlichen Einzelheiten absteht, nur in der gleichzeitigen Einbringung des Kapitalertragssteuergesetzes mit dem Reichseinkommensteuergesetz und in der Verbindung der beiden Gesetzesentwürfe durch den § 43 im Entwurf eines Reichseinkommensteuergesetzes. Dieser § 43 lautet:

„Die für einen Steuerpflichtigen entrichtete Kapitalertragssteuer wird auf Antrag zu  $\frac{3}{4}$  auf die geschuldete Einkommensteuer angerechnet, wenn der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig ist, und wenn sein steuerbares Einkommen den Betrag von 5000 M. nicht übersteigt. Diese Vorschrift findet nur Anwendung, wenn das Einkommen entweder lediglich Kapitaleinkommen ist oder sich aus Kapitaleinkommen und Bezügen der im § 9, Nr. 3, bezeichneten Art (Ruhegehälter und Pensionen) zusammensetzt.“

Durch die Aufnahme dieses Paragraphen wird grundsätzlich anerkannt, daß die gleichmäßige Kapitalertragssteuer ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Betroffenen zu außerordentlichen Härten führen muß. Es wird dann versucht, die Härte mit einem Pflaster zu überkleben, dessen Unzulänglichkeit kaum einer näheren Beleuchtung bedarf. Die Begrenzung auf Steuerpflichtige über 60 Jahre, die allgemeine Begrenzung auf Einkommen unter 5000 M. und die Ausschließung der Anwendung dieses Milderungsparagraphen für alle Fälle, in denen sich das Gesamteinkommen aus Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen mischt, macht es nicht zweifelhaft, daß nur ein kleiner Teil der Härten, die sich aus dieser groben Steuer ergibt, durch diese Vorschrift eine Milderung erfährt. Eine wirklich gerechte Sonderbelastung der Einkommen aus Kapital wäre eben nur möglich durch die Eingliederung dieser Steuer in die zu veranlagende allgemeine Einkommensteuer. Diese Forderung muß gerade jetzt vor der Verabschiedung der Reichseinkommensteuer von neuem erhoben werden, damit diese durchaus unzulängliche und in ihren volkswirtschaftlichen Wirkungen überaus bedenkliche Kapitalertragssteuer nicht verwirklicht wird.

Was nun die Reichseinkommensteuer selbst anbelangt, so sei zunächst in den Vordergrund gerückt, daß die Verwirklichung einer einheitlichen Reichseinkommensteuer, an deren Erträge die Länder und Gemeinden nach Maßgabe des Landessteuergesetzes unterbeteiligt werden, einen bedeutsamen Fortschritt für die deutsche Finanzwirtschaft darstellt. Es werden durch diese Reichseinkommensteuer die schreienden Ungerechtigkeiten verschwinden, die bisher in der Verschiedenheit der Kommunalzuschläge zum Ausdruck kamen und die dahin führten, daß die Einkommensteuer um so höher hinaufgeschraubt werden mußte, je ärmer im Durchschnitt die Bewohner einer Kommune waren. Abgesehen von dieser materiellen Ausglei chung bedeutet es aber auch einen unzweifelhaften Fortschritt, daß alle Grundzüge der Veranlagung und Erhebung der Steuer nunmehr einheitlich im ganzen Reich Anwendung finden werden.

Das Prinzip der Reichseinkommensteuer wird deshalb von allen Kreisen, die nicht heute noch an einem den Geboten der Wirtschaft widersprechenden Partikularismus hängen, rückhaltlos begrüßt werden.

Bei der Neuformung der Reichseinkommensteuer sind nun eine ganze Anzahl theoretisch und praktisch bedeutsamer Probleme der Einkommenbesteuerung in dem vorliegenden Gesetzentwurf zu lösen versucht. Es würde über den Rahmen dieses Aufsatzes hinausführen, wenn wir an Hand der umfangreichen Begründung des Gesetzentwurfes alle Streitfragen aus dem Gebiete der Einkommenbesteuerung einzeln beleuchten wollten. Es mag deshalb genügen, auf einige der wichtigsten Punkte hinzuweisen, und insbesondere die Punkte hervorzuheben, in denen der Gesetzentwurf eine Verbesserung in der parlamentarischen Behandlung unseres Erachtens erfahren mußte.

Der Einkommenbegriff ist im Gesetzentwurf erheblich weitergefaßt, als es bisher in den meisten Deutschen Staaten, insbesondere auch in Preußen, der Fall war. Während die preußische Einkommensteuer auf der sogenannten Quellentheorie beruhte, die heißt nur solche Einnahmen heranzuzü, die aus bestimmten an einem Tage fließenden Quellen herrühren, will die Reichseinkommensteuer den Gesamtbetrag der in Geld oder Geldeswert bestehenden Einkünfte nach Abzug ganz bestimmt umschriebener Ausgaben als steuerbares Einkommen zugrunde legen, d. h. es werden grundsätzlich nicht nur die regelmäßigen Einkünfte, sondern auch die Erträge einzelner gewinnbringender Geschäfte steuerlich erfaßt. In engem Zusammenhang mit dieser für das Erträgnis der Steuer nicht unwichtigen Erweiterung des Einkommenbegriffes steht die Tatsache, daß in Zukunft nicht das mutmaßliche Einkommen des kommenden Jahres zur Steuer veranlagt werden soll, wie es bisher in Preußen der Fall war, wobei bekanntlich für Einkommen aus gewerblichen Betrieben die Veranlagung nach dem Durchschnitt der 3 vorangegangenen Jahre erfolgte, sondern daß nach dem § 28 des Gesetzentwurfes die Veranlagung für ein Rechnungsjahr erfolgt, und zwar nach dem steuerpflichtigen Jahreseinkommen, das der Steuerpflichtige nach dem dem Rechnungsjahr unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahr bezogen hat.

Von der größten Bedeutung ist naturgemäß der Steuertarif selbst. Der Gesetzgeber hat hier augenscheinlich das Bestreben der größten Vereinfachung maßgebend sein lassen. Es ist deshalb auch die Differenzierung nach der Leistungsfähigkeit, soweit sie auf der Zusammensetzung des Haushalts beruht, auf ein Mindestmaß beschränkt worden. Der Gesetzentwurf hält an der **H a u s h a l t s b e s t e u e r u n g** fest, d. h. er besteuert gemeinsam die Einkommen der Eheleute und der minderjährigen Kinder. Es bleibt bei dieser reinen Haushaltsbesteuerung und bei der starken Progression, die der Steuertarif selbst, der von 10 v. S. für die ersten 1000 M. des steuerpflichtigen Einkommens bis auf 60 v. S. steigt, der Zustand bestehen, daß die Eheschließung zweier erwerbstätiger junger Menschen durch die Zusammenrechnung ihrer Einkommen und die entsprechend höhere Besteuerung steuerlich gleichsam

bestraft wird. Die aus sexualethischen und bevölkerungspolitischen Gründen erstrebte Förderung früher Eheschließungen findet in dieser Steuer methode jedenfalls keine Berücksichtigung, denn der § 19, in dem die Berücksichtigung des Familienstandes zum Ausdruck kommt, ist an Unzulänglichkeit kaum zu überbieten. Dieser Paragraph sieht zunächst vor, daß allgemein nur der den Betrag von *M* 1000 übersteigende Teil des steuerbaren Einkommens steuerpflichtig ist. Es wird hier also ein steuerfreies Existenzminimum von *M* 1000 eingeräumt. Es ist um der Ergiebigkeit der Steuer und um der grundsätzlichen Allgemeinheit der Besteuerung willen durchaus nichts dagegen einzuwenden, daß auch von ganz kleinen Einkommen der Staat eine gewisse Steuerquote erhebt; es ist aber unglücklich, die frei gelassenen *M* 1000 als Existenzminimum zu bezeichnen, denn es liegt auf der Hand, daß bei der heutigen Geldwertentwicklung die Summe von *M* 1000 so erheblich hinter dem Existenzminimum zurückbleibt, daß dieser Mangel an Berücksichtigung der Geldwertung etwas aufreizend wirkt. Aber grundsätzlich erscheint es mir viel weniger bedeutsam, welchen Teil der Einkommen man allgemein steuerfrei läßt, als welche Ermäßigungen der Steuer man nach der Leistungsfähigkeit auf Grund der Familienpflichten eintreten läßt. Da bestimmt nun der § 19 des Entwurfs, daß für die erste zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person, also normalerweise die Ehefrau, sich der steuerfreie Einkommensteil um *M* 500 und für jede weitere zur Haushaltung gehörende Person (Kinder) um *M* 300 erhöhen soll. Mit diesen Bestimmungen erkennt man das Prinzip der Berücksichtigung des Familienstandes an, man gibt aber gleichzeitig der Verwirklichung dieses Prinzips einen Umfang, den man eigentlich nur als lächerlich gering bezeichnen kann. Es fehlt hier auch der geringste Einschlag bevölkerungspolitischer Tendenzen und die notwendige Rücksichtnahme auf wirkliche Leistungsfähigkeit. Wenn in der Begründung des Entwurfs ein Vergleich zwischen der Wirkung dieses § 19 und der Wirkung des Kinderprivilegs des preußischen Einkommensteuergesetzes gezogen wird, und wenn dabei etwas bessere Ergebnisse nach der neuen Staffel konstatiert werden, so muß doch betont werden, daß eben das Kinderprivileg der preußischen Einkommensteuer überaus dürftig war, und daß der Vergleich mit dieser Unzulänglichkeit noch nicht den geringsten Beweis für die Zulänglichkeit der Neuordnung in sich trägt. Der Gesetzgeber ist sich aber dieser vollkommenen Dürftigkeit der Berücksichtigung des Familienstandes im § 19 bewußt geworden, und er hat deshalb noch den § 25 als Pflasterchen hinzugefügt. Dieser § 25 besagt, daß bei der Veranlagung besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, berücksichtigt werden können, sofern das steuerbare Einkommen den Betrag von 20 000 M. nicht übersteigt. Zu diesem Zwecke kann die Abgabe bei einem Einkommen von nicht mehr als 10 000 M. bis zur Hälfte und bei einem steuerbaren Einkommen von mehr als 10 000 M., aber nicht mehr als 20 000 M., um höchstens ein Viertel ihres Betrages ermäßigt werden. Als Verhältnisse dieser Art gelten

lediglich außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, durch Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle oder durch besondere Aufwendungen im Haushalt infolge einer Erwerbstätigkeit der Ehefrau.

Die Spezialisierung des Tarifes nach der wirklichen Leistungsfähigkeit, die im Gesetzentwurf unterblieben ist, wird hier versucht zu ersetzen durch eine Individualisierung, durch eine Entscheidung von Fall zu Fall, die als eine sehr wenig erfreuliche Steuervorschrift zu betrachten ist. Der Begriff der „besonderen“ wirtschaftlichen Verhältnisse und der „außergewöhnlichen“ Belastungen ist durchaus kautschukartig. Die Vorschriften sind ähnlich dem § 20 des preußischen Einkommensteuergesetzes. Gewiß können auf Grund dieser Bestimmungen in Einzelfällen Härten gemildert werden, ob sie gemildert werden, wird aber wesentlich von der Zähigkeit abhängen, mit der der Steuerpflichtige seine Interessen gegenüber den Veranlagungsbehörden wahrnimmt, und von dem Wohlwollen, mit dem die Einzelfälle entschieden werden. Man mag einen Härteparagrafen dieser Art für wirkliche Ausnahmefälle als nützlich ansehen, einen Ersatz für die notwendige allgemeine Berücksichtigung der durch den Familienstand gegebenen Leistungsfähigkeit wird man in einem derartigen Ausnahmeparagrafen niemals erblicken können.

Die gesetzgebenden Körperschaften sollten gerade in dieser grundlegenden Frage der Gestaltung des Steuertarifes sich dazu aufschwingen, von der Reglerungsvorlage vollkommen abzuweichen. Die Anwendung der Steuerstaffel nach Verzehrereinheiten im Haushalt wäre unbedingt sozial gerechter und bevölkerungspolitisch fortschrittlicher als das im Entwurf vorgesehene Verfahren. Wenn man die Beinträchtigung der Ergiebigkeit als Gegengrund aufführt so muß dazu bemerkt werden, daß unter Umständen die Steuerfälle selbst noch eine gewisse Erhöhung zum Ausgleich gestatten würden, wenn auf der anderen Seite durch die notwendige Berücksichtigung der Haushaltszusammensetzung und der Einkommensquellen eine stärkere Anpassung des Tarifes an die Leistungsfähigkeit geschaffen würde.

Endlich noch ein Wort über die neue Steuererhebungsform, die der § 44 des Entwurfes vorsieht. Auf Grund dieses Paragraphen hat der Arbeitgeber bei der Lohnzahlung 10 v. H. des baren Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten und nach näherer Anordnung des Reichsministers der Finanzen Steuermarken in die Steuerart der Arbeitnehmer einzutreiben und zu entwerten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Form der Sicherung erheblicher Steuerzahlungen aus dem Arbeitseinkommen große technische Vorzüge hat. Die Eintreibung dieser an der Quelle unmittelbar erfaßten Abschlagszahlungen auf die Steuerschuld ist für den Fiskus viel leichter als die nachträgliche Einziehung der Steuern. Dieser Vorteil ist um so höher zu bewerten, als gerade jetzt durch die Geldentwertung große Schichten der Arbeiterbevölkerung zu hohen Steuerpflichten kommen, die bisher an die Entrichtung direkter Steuern noch sehr wenig gewohnt waren. Dieser technische Vorteil wird allerdings vielleicht erkaufte mit einer recht bedenklichen Erleichterung der Bestrebungen, die direkte Steuer vom Arbeitseinkommen abzuwälzen zurückzuwälzen auf den Arbeitgeber und damit auf den Betrieb, wo sie durch Warenvertuerung die Wirkung einer indirekten Besteuerung ausübt und damit gerade die Vorteile der Anpassung an die Leistungsfähigkeit, die die gestaffelte Einkommensteuer haben soll, wieder verloren geht. Das Problem der Ueberwälzung direkter Steuern bleibt aber auch ohne diese technische Erleichterung bestehen, und man kann es deshalb sehr wohl verstehen, wenn der Gesetzgeber die technischen Vorteile dieser Form der Steuereinzahlung höher schätzt als die möglicherweise eintretenden unerwünschten volkswirtschaftlichen Wirkungen.

Daß sich die Reicheinkommensteuer nur auf natürliche Personen bezieht und daß die Besteuerung der Gesellschaften einem besonderen Gesetze vorbehalten bleiben soll, ist durchaus als Fortschritt zu begrüßen. Denn die Einzwängung der Besteuerung natürlicher und juristischer Personen in das gleiche Einkommensteuergesetz führt immer zu Unklarheiten und Mängeln, die durch die reinliche Scheidung der beiden ihrer ganzen Natur nach so verschiedenen Materien vermieden werden können.

## Börsenspiel im bolschewistischen Rußland.

Ein bekannter russischer Finanzschriftsteller, der unter dem Pseudonym „Fortiter“ Mitarbeiter des Handelssteiles der angesehenen Moskauer Zeitung „Russkija Wjedomosti“ war, schreibt in dem in Prag erscheinenden Blatt „Russkoje Djeło“:

Dieselben Faktoren, die im allgemeinen die Börsenkonjunktur beeinflussen, hatten auch entscheidende Bedeutung in früheren Zeiten für die russischen Börsen: der politische Horizont, die Lage des Geldmarktes und die Aussichten auf bessere oder schlechtere Einnahmen der Unternehmungen. Aber in Rußland bildeten noch die Aussichten der nächsten Ernte einen ungewöhnlich mächtigen Faktor, wie das für ein agrarisches Land selbstverständlich ist. Gute Ernte sicherte reichliche Arbeit und daher große Erträge der Eisenbahnen, deren

Aktien das Lieblingsobjekt des Börsenspiels waren. Gute Ernte, die die Einkünfte der bäuerlichen Bevölkerung steigerte, sicherte verstärkte Nachfrage und darum bessere Erträge der industriellen Unternehmungen, deren Aktien in die Höhe gingen, wenn die Ernte günstig stand, und fielen, wenn ihre Aussichten schlecht waren. Diese Abhängigkeit der Kurse von einem so launischen Faktor, wie es die Ernte ist, deren Aussichten innerhalb einer Saison mit der Witterung mehrmals wechselten, führte dazu, daß die Preisschwankungen auf den

russischen Börsen besonders heftig waren. Den geringsten Schwankungen unterworfen waren die Aktien der Handelsbanken, deren Bilanzen monatlich gedruckt wurden, ebenso wie die Aktien der Eisenbahnen, die monatlich ihren Stand in den Zeitungen mitteilen ließen. Umgekehrt waren die Aktien solcher Unternehmungen, von denen das Publikum nur durch jährliche Rechenschaftsberichte erfuhr, um so größeren Schwankungen ausgesetzt, je leichter man das Publikum durch ausgestreute Gerüchte über sie irreführen konnte. Die günstigsten Spekulationsobjekte in dieser Hinsicht waren die Aktien der Petroleumindustrie und der Goldwäschereien. Man mußte nur, bei entsprechender Konjunktur das Gerücht in Umlauf setzen, daß auf den Bakuer Werken oder den Pjanosowschen Werken (des Großindustriellen, der jetzt die sogenannte nordwestrussische Regierung gebildet hat) eine neue Quelle aufgesprungen war, oder daß die Lena-Gesellschaft auf neue Goldfunde gestoßen war, damit das Publikum die Aktien dieser Unternehmungen wie toll in die Höhe trieb. Die Syndikate nährten die Spiel Leidenschaft künstlich, warfen im richtigen Moment die Aktien zu phantastischen Preisen ins Publikum und verdienten Millionen. Solche Erscheinungen sind ja keine besondere Eigenschaft der russischen Börse, aber sie vollzogen sich bei uns in allzu roher Form, was durch das verhältnismäßig jugendliche Alter des großen Börsengeschäftes in Rußland zu erklären ist.

Die spekulativen Instinkte des russischen Publikums sind so stark, daß trotz der strengsten Verbote des Börsenspiels trotz aller angedrohten Strafen Börsengeschäfte immer vorgekommen sind und wahrscheinlich bis zu dieser Zeit direkt unter den Augen der bolschewistischen Machthaber vorkommen. Dem Schreiber dieser Zeilen ist der Fall eines Geschäftsmannes Tsch. S. bekannt, der, allerdings wegen seines Riesengeschäftes, von den Bolschewisten zum Tode verurteilt und erschossen wurde. Durch Drohungen und Strafen ließ man sich aber nicht abschrecken. Auf den „unterirdischen“ Börsen in Petersburg und Moskau wurden unaufhörlich Geschäfte gemacht, nur mit dem Unterschied gegen früher, daß die Papiere nicht bei den Banken blieben und von einem Konto auf andere geschrieben wurden, sondern „in natura“ von einer Hand in die andere gingen. Alle früheren Faktoren, die auf die Preisbildung gewirkt hatten, konnten bei diesen Geschäften freilich nicht in Anschlag gebracht werden. Niemand fragt jetzt, wie die Ernte in Rußland ist, ob neue Petroleumquellen springen, ob es neues Gold gibt, niemand erhält heute Einkünfte von Aktien; denn alle Unternehmungen sind nationalisiert und nach dem bolschewistischen Kodex ist Kauf und Verkauf von Aktien ein Staatsverbrechen.

Welche Erwägungen veranlassen nun die Leute im bolschewistischen Rußland, Aktien zu kaufen und zu verkaufen? Zum Verkauf ohne Spekulationszwecke zwingt nicht wenige die Not. Aber um ein Papier zu verkaufen, muß man es auch in Händen haben. Solcher Glücklichen, die zufällig ihre Papiere nicht bei Banken aufbewahrten, sondern bei sich behielten, oder denen es gelang, sie aus den Safes herauszubekommen, gibt es sehr wenige. Für eine ordentliche Bestechung (gewöhnlich 25 bis 50% des Wertes)

kann man natürlich etwas aus den Safes herausbekommen. Aber nur wenige kennen die Schleichwege hierzu, und noch weniger wollen riskieren, dafür zum Tode verurteilt zu werden. Das Angebot von Papieren war und ist wohl auch heute noch darum sehr beschränkt. Käufer gibt es aber um so mehr. Vor allem deshalb, weil eine Aktie leichter zu tragen ist als Geld. Leute, die Wertgegenstände zu verbergen oder auf eine Flucht mitzunehmen beabsichtigen, ziehen darum Aktien dem Papiergeld vor. Vom Tage des bolschewistischen Umsturzes an und selbst in den Tagen der größten Machtentfaltung der Bolschewisten bis zu dieser Minute gab es keinen denkenden Menschen in Rußland, der nicht begriffen hätte, daß der Bolschewismus nur eine Prüfung ist, die vorbeigehen muß. Je näher der Moment des Sturzes der Bolschewisten erscheint, desto höhere Preise werden für Aktien gezahlt, und desto schwerer entschließt man sich zu ihrem Verkauf. Sowie aber in Rußland Gerüchte von schweren militärischen Niederlagen der Bolschewisten umlaufen, schnellen die Aktien in die Höhe und umgekehrt, wenn sie Siege erfekten und die Dauer ihrer Herrschaft verlängert scheint, fällt der „Kurs“, eine Erscheinung, die also gerade umgekehrt ist, als bei allen anderen Regierungen.

Die Börsengeschäfte waren sehr belebt und dazu noch ohne die Bedingung des Handels von Aktien in Natura in Kiew z. B. des Hetmans Storopadski, als die Direktoren und hohen Angestellten der großen russischen Banken nach Kiew zusammenströmten, um die Leitung der dortigen Filialen zu übernehmen. Damals vollzog sich der Aktienhandel auf folgende Weise. Eine Person verkauft ihre Aktien, die sich etwa in irgendeiner Bank in Moskau befinden. Sie weist der Kiewer Filiale dieser Bank Beglaubigungen vor, daß die betreffende Aktie tatsächlich von der Bank verwahrt wird. (Beweise dafür konnten manchmal unmittelbar durch die in Kiew befindlichen Bankdirektoren erbracht werden). Der Verkäufer bürgt der Bank dafür, die Aktie von seinem Konto auf das Konto des Käufers zu überführen, worauf die Bank dem Käufer mit den entsprechenden Vorbehalten eine Bestätigung gibt, und der Wert der Aktie bezahlt wird. Auf diese Weise wird ein Objekt verkauft, das nicht erreichbar ist, von dem nicht einmal bekannt ist, ob es existiert, denn die Vernichtung aller Wertpapiere war eine der üblichen Maßnahmen der Bolschewisten. Das Zustandekommen solcher Geschäfte zeugte also nicht nur von dem Wert, den auf den baldigen Sturz des Bolschewismus, sondern auch darauf, daß die Rechte des Aktienhalters, auch im Falle der Vernichtung des Papiers anerkannt und wiederhergestellt würden. Man muß bedenken, daß bei allem Streben einer künftigen Regierung, die Rechte des Eigentümers zu schützen, dies nicht immer möglich sein wird.

Bei den ganz unwahrscheinlichen Mißbräuchen unter dem bolschewistischen Regime, bei dem Chaos, das in der Buchführung herrscht, konnte es leicht möglich sein, daß Aktien, welche von einer Person in Depot gegeben wurden, sich dort nicht vorfinden werden, daß in den Büchern mancherlei Korrekturen sein werden und daß die Aktien selbst sich im Besitz irgend eines Ausländers der sie im guten Glauben erworben hat, erweisen werden.

Es konnten Kollisionen entstehen, die zu entscheiden die Bank nicht immer im Stande sein wird, aber ungeachtet dieses Risikos herrschte eine unaufhaltbare Nachfrage nach Aktien, die von Tag zu Tag noch stieg. Als der Schreiber dieser Zeilen im September 1918 Moskau verließ, standen Aktien der Malzewstischen Unternehmung (Petroleum) auf 450 Rubel. Im Oktober wurden sie in Kiew aber schon mit über 800 Rubel notiert, und in Moskau zahlte man, wie man hörte, zur selben Zeit noch mehr. Der Angriff Petljuras auf Kiew nach der Revolution in Deutschland schüchterte die Kauflust wieder ein, die Geschäfte hörten auf, und als dann die Bolschewisten nach Kiew kamen, stockten sie ganz.

Was aber regt die Menschen an, Aktien zu kaufen, die auf Jahre hinaus keinen Ertrag bringen werden, deren Passivität ungeheuerliche Maße erreicht hat, und die unzweifelhaft riesige Ausgaben für ihre Wiederherstellung erfordern werden?

Die Antwort ist einfach: Der Wunsch schlechtstehendes Geld in irgend einen realen Wert zu verwandeln. Ein Beispiel dafür bietet ja nicht allein Rußland. Wer die österreichischen Börsen verfolgt, der sieht, was für eine schwindelnde Höhe die Aktien aller möglichen Unternehmungen, die absolut erträgnislos sind und manchmal mit sicherem Verlust arbeiten, erreichen. Der Wunsch, die entwertete Krone in irgend einen realen Wert zu verwandeln, ist stärker als alle anderen Erwägungen. Weniger scharf zeichnet sich dieser Prozeß an den deutschen Börsen ab, wo besonders die Werte in die Höhe gehen, die, im Zusammenhang mit dem Kurssturz der Mark, mit Erträgen aus ausländischer Valuta verbunden sind.

Die russische Valuta wird an ausländischen Börsen ganz besonders schlecht eingeschätzt: etwa 30 bis 40 fach schlechter. Aber die Schätzung des russischen Rubels in Beziehung auf ausländische Valuta ist noch schlechter, innerhalb der Grenzen Rußlands. In Deutschland wird z. B. der Dumarubel mit 35 bis 40 Pfennigen notiert, also ungefähr sechs mal billiger als früher. Die deutsche Mark an den Schweizer Börsen ist ihrerseits ums Siebenfache entwertet und infolgedessen ist der russische Rubel etwa ums Zweiundvierzigfache entwertet. In Rußland aber zahlt man, Zeitungsnachrichten zufolge, die deutsche Mark mit sechs Rubeln, also ungefähr dreizehn Mal höher, als die frühere Parität, und da die deutsche

Mark um's Siebenfache gefallen ist, so wird der russische Rubel in Rußland selbst ums Neunzigfache seiner früheren Goldparität billiger geschätzt. Solche Widersprüche, daß in Rußland die ausländische Valuta gegen russisches Geld um ein Vielfaches teurer geschätzt wird, als am Orte der Geltung dieser ausländischen Valuta selbst, sind seit den Zeiten des Bolschewismus eine gewöhnliche Erscheinung.

Aber wie dem auch sei, der tiefe Fall des russischen Rubels führt unvermeidlich zu einer ungeheuren Verteuerung aller realen Werte überhaupt und der industriellen Aktien im besonderen. Dies zeigt sich mit besonderer Stärke bei jenen russischen Aktien, welche auf ausländischen Börsen in ausländischer Valuta notiert werden.

Die mechanische Anpassung der Preise für unbewegliche Güter und Aktien an das gegebene Verhältnis der Valuten ist eine sehr gefährliche Erscheinung und steht nicht im Einklang mit der Preisbewegung auf den Warenmärkten.

Die Börse vergißt, daß der ausländische Kurs des Geldes eine zeitliche Erscheinung ist.

Man muß bemerken, daß die Psychologie des Ausländers, der in seiner vollwertigen Valuta teures Geld für die russische Aktie bezahlt, gerade das Gegenteil der Psychologie des russischen Aktienhalters ist.

Der Ausländer, der Franken für die russischen Aktien bezahlt, glaubt an eine solche Verbesserung der russischen Valuta, die ihm erlaubt, mit der Zeit eine entsprechende Dividende in Franken zu erhalten. Der russische Käufer von Aktien hingegen, der um jeden Preis sein Geld loswerden will und für Aktien unglaubliche Preise zahlt, glaubt offenbar nicht an die Wiederherstellung seiner Valuta. Aus diesem offensichtlichen Grunde wird der russische Rubel in Beziehung auf ausländische Valuta bedeutend niedriger geschätzt als im Auslande, wovon schon früher die Rede war.

Dieses Verhalten der Russen zu ihrem Gelde erschwert die Aufgabe der künftigen Regierung, die Zahlkraft des russischen Rubels wiederherzustellen außerordentlich. Da aber diese Aufgabe, ungeachtet aller Schwierigkeiten, gelöst werden muß, droht den furchtsamen Besitzern flüssiger Gelder, die Aktien zu fabelhaften Preisen erworben haben, durch eine künftige Wiederherstellung der russischen Valuta riesiger Verlust.

## Revue der Presse.

Während Erwägungen darüber schweben, ob die bisherige Genehmigungspflicht für die Ausgabe von Aktien und Obligationen aufgehoben oder umgebildet werden soll, hält die

### Flut der Emissionen

in außerordentlichem Maße an. Die „Frankfurter Zeitung“ (5. Dezember) gibt eine Übersicht über die im Monat November veröffentlichten Emissionsvorschläge und Ankündigungen. Es sind 147 größere deutsche Aktiengesellschaften und Gewerkschaften in diesem einen Monat

an den Emissionsvorschlägen beteiligt. 306,74 Mill. M. neue Stammaktien, 54 Mill. M. neue Vorzugsaktien (ein besonders ungewöhnlich hoher Betrag!) sowie 245,20 Mill. M. Industrieanleihen sind projektiert. Unter den Industrieanleihen befinden sich die 100 Mill. M. A. E. G.-Obligationen, während die großen Aktienaussgaben der Amilin- und Pulvergruppe nicht in der Statistik enthalten sind, weil die Ankündigungen schon in den Monat Oktober fielen. Von den Gewerbegruppen treten besonders hervor: Maschinen- und Metallwaren-



fabriken mit 87,48 Mill. M. Stammaktien und 12 Mill. M. Vorzugsaktien, Textilindustrie mit 32,47 bzw. 11 Mill. M. Chemische Industrie mit 8,65 bzw. 3,25 Mill. M. Provinzbanken mit 25,3 Mill. M. Stammaktien und Zuckerindustrie mit 8 Mill. M. Stammaktien. — Im „Berliner Börsen Courier“ (6. Dezember) wird die Verschiebung der Verhältnisse der beiden angelsächsischen Geldmärkte

**New York und London**

beleuchtet. Es wird auf das in den letzten Wochen verschärfte Gleiten des Sterlingkurses in New York hingewiesen. Während des Krieges hat das englische Schatzamt mit Hilfe der Firma Morgan den englischen Wechselkurs mit großer Sorgfalt etwa 2% unter der Parität gehalten, rund 4 Milliarden Dollar soll das englische Schatzamt auf dieses Geschäft verwendet haben. Seit dem 20. März, dem Tage, an dem Morgan seine Sterlingwechselläufe einstellte, ist nun der Kurs ständig gesunken, besonders heftig in den letzten Wochen. Die folgende Zusammenstellung gibt ein außerordentlich wertvolles Bild.

£ in New York		Parität 4,8666	
1. 8. 14	6,35	+ 30,7	
31. 12. 14	4,86		
31. 8. 15	4,65	— 4,3	
31. 12. 15	4,72	— 3,0	
30. 6. 16	4,7643	— 2,0	
30. 9. 18	4,7545	— 2,1	
31. 12. 18	4,7581	— 2,1	
31. 3. 19	4,5850	— 5,8	
30. 6. 19	4,60	— 5,5	
31. 7. 19	4,3250	— 11,1	
31. 8. 19	4,2125	— 13,4	
30. 9. 19	4,1950	— 13,8	
31. 10. 19	4,17	— 14,5	
13. 11. 19	4,1325	— 15,2	
14. 11. 19	4,0525	— 16,6	
29. 11. 19	4,0075	— 17,6	
2. 12. 19	3,9550	— 18,0	
3. 12. 19	3,8850	— 20,1	
4. 12. 19	3,9175	— 19,6	

Bei der Beurteilung dieser Verschiebungen muß die immer weitergehende Loslösung der englischen Währung vom Golde besonders hervorgehoben werden. Als man sich in London entschloß, zum sogenannten freien Goldmarkte zurückzukehren, da stellte sich der erste Goldpreis auf 99 Schilling für die Unze fein, gegenüber dem Münzpreise von knapp 85 Schilling für die Unze fein. Einige Wochen lang war es möglich, trotz aller Schwankungen des New-Yorker Wechselkurses den Preis von 99 Schilling zu halten, aber in der jüngsten Zeit ging der Goldpreis sprunghaft in die Höhe. Eine letzte Meldung beziffert ihn mit 106 s. 8 d., was einem Aufgelde von rund 25¼% entsprechen würde. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat sich trotz der gewaltigen ins Land strömenden Goldmassen auch eine Inflation geltend gemacht, die sehr bemerkenswert ist und den Vergleich mit dem europäischen Beispiel nicht zu scheuen braucht. Der ame-

rikanische Geldumlaufseher veröffentlicht periodisch Übersichten über die Umlaufmittel im Lande. Ein Vergleich einiger dieser Ausweise, bei dem die in den Klassen des Schatzamts liegenden Beträge als Umlauf mitgezählt wurden, ergibt dieses Bild:

	2. 5. 14.	1. 8. 16.	1. 3. 18.	1. 7. 19.
Gold u. Zert.	1920,3	2500,2	3041,6	3455,7
Silber u. Zert.	565,7	568,3	568,3	364,7
Scheidemünzen	179,5	187,5	222,8	254,3
U. S.-Noten	349,2	348,7	348,5	360,4
Nat.-Bl.-Noten	753,2	740,3	718,0	788,7
B. R.-Noten	—	173,0	1442,1	2731,8
B. R.-Bl.-Noten	—	9,0	12,0	211,7
	3767,9	4527,0	6353,3	8167,3

Der Goldzustrom, den die Union im Kriege erfuhr, kommt in seinem vollen Umfang in diesen Ziffern wohl ebensowenig zur Geltung, wie der ganz gewaltige Abstrom in den letzten Monaten. Es wird angenommen, daß im laufenden Jahre der Union wahrscheinlich mehr als eine Milliarde Dollar an Gold entführt wurden. Noch kennzeichnender als die Bewegung der Hartgeldbestände ist die Entwicklung des Notenumlaufs. Die riesigen Summen, die an Bundesreservenoten und Bundesreservebanknoten in den Verkehr gebracht wurden, stellen lediglich zusätzliche Kaufkraft gewaltigen Umfangs dar. Man ist sich in Europa angesichts der Tatsache, daß der Dollarwechsel gegenüber allen europäischen Währungen ein Aufgeld bedingt, nur selten der Tatsache bewußt, daß sich auch die amerikanische Währung vom Golde gelöst hat, und daß auch der Dollar selbst gegenüber dem Golde nicht mehr vollwertig ist. Vergewenwärtigt man sich die Tatsache, daß in London der Dollarwechsel ein Aufgeld von knapp 20% Gold ein solches von 25¾% bedingt, so ist wenigstens eine untere Grenze des Goldaufgeldes in der Union gegeben. Diese Beispiele aus Ländern mit verhältnismäßig wenig Franken Währungen unterstreichen die Beobachtung, daß nämlich das sorgsam gefügte Koordinatensystem der Weltwährungen völlig ins Gleiten gekommen ist. Der Schluß, daß für alle Länder ein gleiches Interesse daran besteht, die Beziehungen der Währungen zueinander wieder auf eine nach Möglichkeit feste Grundlage zu bringen, hat sich westlich des Rheines allerdings bisher noch nicht durchzusetzen vermocht. — In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (9. Dezember) wird die

**Danziger Währungsfrage**

erörtert. Es gibt drei Wege, die zur Lösung führen: erstens die Einrichtung einer eigenen Danziger Währung, zweitens eine Währungsunion mit Deutschland, drittens eine Währungsunion mit Polen. In maßgebenden Kreisen Danzigs strebt man an, nach der Bildung des Freistaates eine Währungsunion mit dem Deutschen Reiche einzugehen. Man geht davon aus, daß Danzig eine deutsche Stadt ist und daß die Interessen von Industrie und Handel wohl überwiegend nach Deutschland gravitieren. Für eine eigene Währung ist Danzig als Freistaat viel zu klein, es hat auch keinerlei Vorschläge, die als Wertobjekt für den Staat in Frage kommen. Die Polen erstreben natürlich eine Währungs-

union zwischen Polen und Danzig. Polnische Blätter heben vor allem hervor, was Danzig in Zukunft mit der Republik Polen wirtschaftlich verbinden kann. Sie stellen folgende Forderungen auf: 1. Danzig übernimmt das polnische Geldsystem und führt die polnische Geldeinheit als ausschließlich rechtsgültiges Zahlungsmittel ein. 2. Zur Regulierung des Geldumlaufes in Danzig ist einzig die polnische Staatsbank berufen, die die Aufgaben und Funktionen der Danziger Reichsbankhauptstelle übernimmt. Eine so außerordentlich wichtige Frage läßt sich aber nicht einseitig nach polnischen Wünschen regeln. Heute handelt man in Danzig die polnische Mark mit 58 und 60 Pfennigen. — In der „Bosfischen Zeitung“ (11. Dezember) veröffentlicht der Geheime Regierungsrat Prof. Dr. N. Caro einen Notruf unter der Ueberschrift:

#### Die Landwirtschaft wird sabotiert.

Die Existenzmöglichkeit des deutschen Volkes ist von der Erzeugung der deutschen Landwirtschaft abhängig. Die Verschlechterung des Wertes der Reichsmark im Auslande macht es für lange Zeit unmöglich, Nahrungs- und Futtermittel außerhalb Deutschlands in ausreichender Menge einzukaufen. Die Hungerblockade wird, trotzdem sie an sich aufgehoben ist, erst dann ihre Hauptwirkung ausüben, wenn der Landwirtschaft nicht die Möglichkeit gegeben wird, diese Aufgabe zu lösen. Es gehört hierzu zweierlei: die Beseitigungen von Ausnahmebestimmungen für die Landwirte, welche sie gewaltsam außerhalb der allgemein gültigen Wirtschaftsgesetze stellen, und die Erhöhung der Mengen der Hilfsstoffe, die zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung notwendig sind. Es ist ein Unding, von der Landwirtschaft zu verlangen, daß sie ihre Erzeugnisse billiger verkaufen soll als sie sie erzeugen kann. Die für Kartoffeln festgesetzten Preise sind z. B. trotz Frühprämien in den meisten Fällen vollkommen unzureichend, um die außerordentlich gestiegenen Kosten der Herausnahme und Abfuhr zu decken. Wenn der Reichsernährungsminister darauf hinwies, daß die Landwirte mehr Kartoffeln abliefern könnten, so ist diese Behauptung nur bedingt richtig. Es wird dabei verkannt, daß die Ablieferung von Kartoffeln zu den bestehenden Preisen unter Vernachlässigung oder Verzögerung der Herbstbestellung für die meisten Landwirte den Ruin bedeuten würde. Das Reichsernährungsministerium versucht, den Bankerott der Kartoffelwirtschaft dadurch zu retten, daß es den Landwirten, welche rechtzeitig abliefern, als besondere Prämie den Bezug von Stickstoffdünger ermöglicht. Aber die gebotene Stickstoffmenge ist so lächerlich gering, daß jede nützliche Wirkung ausgeschlossen bleiben muß. Es soll auf 100 Kilogramm Kartoffeln 1 Kilogramm schwefel saures Ammoniat (entsprechend 200 Gramm Stickstoff) gegen Höchstpreis geliefert werden, d. h. nur ein geringer Bruchteil der für die entsprechende Anbaufläche benötigten Mengen. Die die Landwirtschaft beengende Zwangswirtschaft muß eine Milderung erfahren. Eine volle Beseitigung wird von keinem einsichtigen Landwirt gefordert. Aber es muß dem Landwirt die Möglichkeit gegeben werden, nach Deckung des Eigenbedarfes und Ablieferung einer bestimmten Pflichtmenge die erzeugten Mehrmengen frei und entsprechend den sich

gewaltsam durchbrechenden Wirkungen des wirtschaftlichen Naturgesetzes von Angebot und Nachfrage verwerten zu können. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß Deutschland in der Lage ist, aus eigener landwirtschaftlicher Erzeugung sich mit der notwendigen Nahrung, wenn auch nicht mit Luxusmengen an Fleisch und Fett, zu versorgen und daß dies neben einer vollen freudigen Arbeit des Landwirts in erster Reihe durch genügende Zufuhr an künstlichen Düngemitteln geschehen kann. Vor dem Kriege verbrauchte Deutschland jährlich rund 200 000 Tonnen Stickstoff in Form künstlicher stickstoffhaltiger Düngemittel. Der jetzige Bedarf beträgt mehr als 300 000 Tonnen infolge Verringerung der Menge und Verschlechterung der Qualität des natürlichen Düngers. Er kann auf 400 000 bis 500 000 Tonnen erhöht werden, wenn auch die Vermehrung des Futteranbaus energisch in die Hand genommen wird. Die deutschen Stickstoffwerke sind zur Zeit in der Lage, mehr als 360 000 Tonnen zu erzeugen in kurzer Zeit an 500 000 Tonnen. Die tatsächliche Erzeugung beträgt rund 160 000 Tonnen. Die Minderung ist, nachdem Streiks usw. aufgehört haben, ausschließlich auf Kohlenmangel zurückzuführen. Die Verminderung der Stickstoffherzeugung bewirkte, daß die Ernte des Jahres 1919 um rund 4 Millionen Tonnen Getreide oder um 20 Millionen Tonnen Kartoffeln geringer war als sie sein konnte. Das Fehlen von 200 000 Tonnen Stickstoff wird wiederum bewirken, daß die Ernte des Jahres 1920 um die gleiche Menge Getreide oder Kartoffeln geringer sein wird, als sie sein könnte. Ähnliche Verhältnisse liegen bei der Kali-Industrie vor. Diese erzeugt z. Bt. kaum 50 % der Menge, welche nötig ist, um die deutsche Landwirtschaft voll zu beliefern und die Mengen zu exportieren, die für den Eintausch der allerwichtigsten Nahrungsmittel nötig sind. Noch kann hier zum Teil wenigstens Abhilfe geschaffen werden. Die Stickstoff- und Kaliwerke können sofort voll arbeiten, wenn sie genügend Kohle erhalten. Es darf aber kein Tag verloren gehen, wenn nicht unendliches Unheil zur Wirklichkeit werden soll.

## Omschan.

Herr Dr. med. Georg  
Die Hygiene des Geldes. Wolff - Charlottenburg

schreibt: „Die Hygiene steht heute so sehr im Vordergrund des Interesses, sie beschäftigt sich als Sozialhygiene mit allen Zweigen des öffentlichen Lebens, die irgend eine Beziehung zur Gesundheitspflege haben, dass wir uns auch nicht wundern werden, diese Beziehung auf die jetzt herrschende Form des Geldverkehrs angewendet zu sehen. Die Folgen eines katastrophal verlorenen Krieges und einer politisch-wirtschaftlichen Umwälzung, deren Ende wir heute noch nicht absehen, haben eine in ihrer Größe nie für möglich gehaltene Verschuldung des deutschen Volkes herbeigeführt; ihre sichtbaren Zeichen sind die zahllosen Banknoten, grosse, kleine und kleinste Geldscheine, die im Umlauf sind. Nicht davon wollen wir in diesem Zusammenhang sprechen, wie durch einen Finanzhygieniker eine Gesundung der deutschen Wirtschaft herbeigeführt werden kann, sondern von einer rein praktisch-hygienischen

Angelegenheit des jetzigen Geldumlaufes wollen wir sprechen. Das Elend des papiernen Geldverkehrs, der vielfach gestückelten und zusammengeklebten, zerknitterten und verschmutzten Ein- und Zweimarkscheine ist allmählich so gross geworden, dass uns eine Aenderung hier dringend am Platz erscheint. Und man kann eigentlich einsehen, warum das nicht leicht mit den Mitteln, die uns noch heute zur Verfügung stehen, möglich sein soll. An Münzen besitzen wir heute nur 5- oder 10-Pfennigstücke, alle übrigen „Münzen“ sind aus Papier. Da der tatsächliche Wert etwas anderer Münzen, die für 50-Pfennig- und Einmarkstücke in Frage kommen, kaum grösser ist als der Wert der mehr oder weniger kunstvoll bedruckten Scheine, ist nicht einzusehen, warum nicht mittels eines vorhandenen billigen Metalls solche Geldstücke geprägt werden können. Die Furcht vor Nachahmungen mag vielleicht einer der Gründe sein, der die Reichsfinanzverwaltung bisher davon abgehalten hat, eiserne oder nickelige Geldmünzen an Stelle der schmutzigen und leicht abgenutzten Scheine, die doch überall Anstoss erregen, in Umlauf zu setzen. Aber mir scheint, es sollte sich hier ohne zu grosse Mühe ein Weg finden lassen, den Falschmünzern ihr Handwerk zu erschweren. Die rein hygienische Seite des Problems ist einfach und eindeutig. Selbst die abgenutzteste Silber- oder Nickelmark ist sauberer, appetitlicher und in bakteriologischem Sinne aseptischer (keimfreier) als der eben in Umlauf getetzte Papierschein, der die Spuren unserer Finger, unserer Brieftaschen und anderer Aufbewahrungsstellen meist so leicht nicht wieder verliert. Ganz anders die Metallmünze! Es gehört zu den gesicherten Ergebnissen der bakteriologischen Forschung, dass die Metalle an sich eine hohe bakterizide, d. h. bakterientötende Kraft besitzen. Ganz abgesehen davon, dass die Schwermetalle bzw. ihre Salze starke Desinfektionsmittel darstellen — es sei nur erinnert an einzelne Quecksilber-, Silber-, Kupferverbindungen, Sublimat, Höllenstein und dergleichen, die als Desinfektions- und Heilmittel unschätzbare Dienste leisten — finden die Kleinlebewesen, die uns überall auf unseren Lebenspfaden auflauern, auf den Pfaden der Liebe ebenso wie auf denen des täglichen Berufes, in den Metallen keinen geeigneten Nährboden. Die glatten Metallstücke sind ihnen zu kalt und vor allem zu trocken; sie sind an die Wärme des menschlich-tierischen Körpers gewöhnt, wenigstens die edleren unter ihnen, die sogenannten pathogenen Bakterien, die Krankheiten zu erzeugen vermögen, sie frieren auf dem kalten Metall und vor allem, sie verdursten darauf. Wo kein Wasser ist, vermag kein Lebewesen zu existieren, auch kein Bakterium. Sauerstoffmangel überleben sie zur Not, wenigstens ein Teil von ihnen; das Verdursten können sie alle nicht vertragen. Die Papierfetzen, die immer feucht von unseren Fingern sind, oft auch noch anderen „Schmutz“ tragen, sind den Bakterien als Ansiedlungsstätte schon lieber. Sie sind zwar auch kein idealer Nährboden für die Verwöhnten unter ihnen; aber mit den menschlichen Spuren, die sie fast immer tragen, sind sie nicht ganz so trocken wie die spröden Metallstücke, und bieten immerhin die Existenzmöglichkeit für ein ärmliches Schmarotzerdasein. Sehen wir aber von diesen bakteriologischen Erwägungen ab, die uns leicht in das Gebiet der Fachhygiene bringen, so bedarf es wohl kaum einer nachdrücklichen Ver-

sicherung, dass jedem Menschen die trotz jahrelanger Abnutzung noch immer sauberen Geldstücke aus Metall angenehmer und appetitlicher sind als die eklen Scheine, die wir nun schon jahrelang in unseren Taschen aufbewahren, täglich mit neuen Fingerabdrücken versehen und ebenso zurückerhalten. Es bedarf keines bakteriologischen Beweises, dass sie auch in hygienischer Hinsicht unzweckmässig sind. Bringen sie uns auch nicht gleich die Pest und die Cholera, so sind sie jedenfalls unappetitlich oder werden es, wenn sie jahrelang nicht eingezogen sind und von einer Schmutzhand in die andere wandern. Schmutzig in bakteriologischem Sinne, d. h. mit Keimen behaftet, ist auch die sauberstgewaschene Hand, die nicht, wie die des Chirurgen vor der Operation, besonderer antiseptischer Prozeduren unterworfen worden ist. — Möchten wir daher auch aus hygienischen Gründen bald zu den Gepflogenheiten des Friedens zurückkehren. Wie weit das technisch möglich ist, entzieht sich meinem Urteil. Aber man sollte glauben, dass es keine unlösbare und auch unsere kostbare Arbeitskraft nicht übermässig belastende Aufgabe ist, die kleinen Geldscheine wenigstens einzuziehen und allmählich wieder durch Münzen zu ersetzen, die ja ihrem Werte nach ebenso ein Schuldschein des Reiches bleiben, wie es die Papierscheine sind. Aber die kleinen „Scheidemünzen“, zu denen man bei der heutigen Geldentwertung die Ein- und Zweimarkstücke wohl rechnen muss, behalten dann wenigstens ein sauberes Gewand, wenn sie auch noch so oft ihren Besitzer wechseln.“

In unseren Ministerien **fn. Vorankündigungen.** herrscht eine Neigung zur propagandistischen Ankündigung kommender Taten, deren Umfang nicht nur oft in krassem Gegensatz zu den Taten selbst steht, sondern die auf wirtschaftlichen Gebiet auch die Gefahr in sich birgt, gewollte Wirkungen im voraus zu durchkreuzen. Es ist noch in frischer Erinnerung, welche Folgen es im Sommer dieses Jahres gezeitigt hat, als Erzberger seine Notenumtausch- und Effekten-Abstempelungspläne ausposaunte. Die Wirkungen dieser Ankündigung eines noch nicht durchgearbeiteten Projektes waren so verheerend, dass das ganze Projekt, einschliesslich der vielleicht in ihm enthaltenen gesunden Bestandteile, begraben werden musste. Denn selbst die Fachkreise, die nicht zu den unbedingten Gegnern dieser Kapitalerfassungspläne gehörten, waren sich darüber nicht im Zweifel, dass die Voraussetzung für jedes Gelingen derartiger Umtauschpläne ihre geheime Vorbereitung und ihre plötzliche Verwirklichung war. Die Tat muss hier den Anfang bilden. Wenn zwischen amtlicher Ankündigung und Ausführung Wochen und Monate liegen, so dient auf Gebieten, auf denen wirtschaftliche Interessen gekreuzt werden, diese Spanne den Interessenten nur zu wirksam dazu, sich den drohenden Gefahren zu entziehen und den Zweck der Massnahme zu vereiteln. Aus den Erfahrungen des Finanzministeriums scheint man aber im Reichswirtschaftsministerium noch nicht die nötigen Lehren gezogen zu haben. Seit einigen Wochen wird von diesem Ministerium in mehr oder minder offiziellen Verlautbarungen eine bevorstehende Verschärfung der Einfuhrkontrollen und eine Neuordnung der Ausfuhrpolitik durch Kontrollen und Abgaben als „dicht bevorstehend“ verkündet. Wer, wie wir im „Plutus“ — auch in den Zeiten, in denen die

jetzigen Leiter des Reichswirtschaftsministeriums im Kampfe gegen Wissel und Möllendorf für offene Grenzen und freien Handel schwärmten — stets die Notwendigkeit der straffen Zügelung des Aussenhandels betont hat, wer die Gefahren der Ueberschwemmung mit ausländischen Luxuswaren und die Gefahren der Verschleuderung deutscher Waren an das Ausland immer wieder beleuchtet hat, braucht kein Wort mehr über die Dringlichkeit der nun endlich vom Reichswirtschaftsministerium in Aussicht gestellten planvollen Neuordnung der Aussenhandelskontrolle zu verlieren. Aber bis jetzt schwebt die Neuordnung noch in der Luft. Die Vorarbeiten hätten zweckmässig so geräuschlos wie irgend möglich gemacht werden müssen. Statt dessen rührt man die Reklametrommel. Man verkündet immer wieder: „Es wird etwas geschehen.“ Solange bis nun wirklich etwas geschehen ist, reizt diese Vorankündigung natürlich nur zu fieberhafter Ausnutzung der Zwischenzeit. Die irreguläre Einfuhr wächst, das Auskaufen Deutschlands zu Ramschpreisen durch das Ausland nimmt ein immer flotteres Tempo an. Man muss dabei sein, ehe es zu spät sein könnte. Zur Rechtfertigung dieser Vorankündigungen hat man angeführt, dass bei den unvermeidlichen Vorbereitungen eine völlige Geheimhaltung doch nicht zu erzielen sei und dass es deshalb besser sei, die gesamte Oeffentlichkeit zu unterrichten, als das Wissen auf einige Schieberkreise zu beschränken. Diese Argumentation ist falsch. Hier liegt in der Gleichmässigkeit der Unterrichtung nicht eine erhöhte Gerechtigkeit, sondern einfach eine Vergrösserung des Schadens für die Volkswirtschaft. Das Ziel der Ministerien muss es in solchen Fällen sein, die vielleicht aus parlamentarischen Gründen unvermeidlichen Fristen der Vorankündigung auf das Mindestmass zu beschränken und den Kreis der Vorauswissenden so eng wie möglich zu halten, nicht aber durch Ausplaudern seine eigenen Ziele sachlich zu schädigen, um vielleicht unbequeme Mahner ein paar Wochen früher zu besänftigen.

## Börse und Geldmarkt.

An der Börse herrscht nach wie vor Hausses Stimmung. Alles steigt, und wer nur irgend Geld im Kasten hat, eilt herbei, um sich mit von dem grossen Strudel weiter emportragen zu lassen. Es waren sonst niemals Kennzeichen eines besonders soliden Börsenhauses, wenn Hinz und Kunz, die sonst mit Buckskin en detail handelten, wenn Kommis und Kellner bis weit über die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit hinaus an der Börse engagiert waren. Der Eingeweihte sah sich den Markt von Papieren, an denen es infolge der Outsider-Spekulation gar zu wild herging, erst einmal genau an und sagte dann wohl achselzuckend: „Da ist mir zu viel Kassenboten- und Kommis-Spekulation dabei“ und liess die Finger davon. Und man hatte damals durchaus recht, denn wenn irgend ein kleiner politischer oder wirtschaftlicher Rückschlag eintrat oder eine nicht sehr günstige Nachricht über das betreffende Papier bzw. die in Betracht kommende Industriegruppe unvermutet einlief, dann setzte es gewöhnlich den furchtbarsten Krach. All die Kleinen, die mit 1000 Masten in den Ozean der haussefreundigen Spekulation hinausgeschifft waren, purzelten nun, in dem

furchtdiktirten Bestreben, schleunigst wieder aus dem Engagement herauszukommen, förmlich aus Angst durcheinander und waren froh, mit gerettetem Kahn still wieder in die Enge ihres Daseins zurückkehren zu dürfen. Worauf sie denn meistens von der Börse genug hatten, auf den „Giftbaum“ schimpften und sich verschworen, nie wieder zu spekulieren — bis zum nächsten Mal. Der zünftige Börsenspekulant, der leicht bei so einem durch Ueberängstliche hervorgerufenen jähen Kurssturz unter die Räder kommen konnte, bedankte sich deshalb im allgemeinen, sich an Märkten zu engagieren, wo ein erheblicher Teil der Haussespekulationen in den „schwachen Händen“ kleiner und nervöser Leute lag. Heute liegt es ähnlich und doch anders. Es spekuliert so ziemlich alles, was als Klientele der Börse jemals in Frage gekommen ist. Die wilden Kurssprünge der Pomona-Aktien oder ähnlicher Papiere, an denen schon an einer Börse nette Vermögen zu verdienen waren, üben eine begreifliche Anziehungskraft auf eine Generation aus, die weit mehr als eine der ihr vorangegangenen — mit der kurzen Ausnahme der Gründerzeit — danach umherspäht, wo und wie man unter Umgehung des lästigen Instanzenweges

## Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor: 1)

<p><b>Mittwoch,</b> 17. Dezember</p>	<p><i>Reichsbankausweis. — G.-V.:</i> Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Lothringer Hütten- und Bergwerks-Verein, Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie, Westfälische Drahtindustrie Hamm, Spriibank, Mühlenbau und Maschinenfabrik vorm. Seck, Elberfelder Bankverein, Julius Sichel &amp; Co., Holstenbrauerei Hamburg, Voigt &amp; Haeffner Akt.-Ges., Deutsche Zündholzfabriken.</p>
<p><b>Donnerstag,</b> 18. Dezember</p>	<p>Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — <i>G.-V.:</i> Zuckerraffinerie Halle, Germania-Brauerei Akt.-Ges. Dortmund, Dortmunder Union-Brauerei, Chemische Fabrik Heyden, Friedr. Thomée Werdohl, Wittener Glashütten, Bremen-Besigheimer Oelfabriken, Façonenisenwalzwerk L. Mannstädt, Elektrizitäts-Werke, Vereinsbrauerei Artern, Berliner Weissbierbrauerei vorm. Landré, Akt.-Ges. für Bürstenindustrie vorm. Roegner &amp; Dukäs. — Schluss des Bezugsrechts neue Aktien Sächsische Kammgarnspinnerei Harthau.</p>
<p><b>Freitag,</b> 19. Dezember</p>	<p><i>G.-V.:</i> Akt.-Ges. Düsseldorfer Eisenbahnbedarf Weyer, Eisenwerk L. Meyer jr., Mechanische Treibriemenweberci Kunz, Brauerei Gebr. Dieterich, Landkraftwerke Leipzig-Kulkwitz, Leipziger Spritfabrik, Tränkner &amp; Würker Akt.-Ges. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer, Bezugsrechts Chemnitzer Actien-Spinnerei.</p>

1) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttag, Liquidationstage und Loosziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

<p><b>Sonnabend,</b> 20. Dezember</p>	<p>Bankausweis New-York. — G.-V.: Allgemeine Elektrizitäts-Akt.-Ges., Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk, Gerb- und Farbstoffwerke H. Renner &amp; Co., Waren-Commissionsbank Hamburg, Deutsche Steinzeugwarenfabrik Friedrichsfeld, Berliner Eisengiesserei und Gussstahlfabrik Hartung, Bierbrauerei Hilsbein, Oppelner Aktienbrauerei, Dortmunder Aktien-Brauerei Dortmund, Grosse Leipziger Strassenbahn, Excelsior-Fahrradwerk. — Schluss der Umtauschfrist Aktien Westdeutsches Eisenwerk Kray, Bezugsrechts Deutsche Wollwarenmanufaktur Grünberg, Schluss des Bezugsrechts Akt.-Ges. für Anilinfabrikation, Bezugsrechts Höchster Farbwerke.</p>	<p><b>Dienstag,</b> 30. Dezember</p>	<p><i>Reichsbankausweis.</i> — G.-V.: Berliner Maschinenfabrik Schwartzkopff, Deutsche Vereinsbank Frankfurt a. M., Peipers Akt.-Ges. für Walzenguss, Eisenbahnrentenbank, Waggonfabrik Uerdingen, Schlesische Kohlen- und Kokswerke, Held &amp; Francke, Verein für Chemische Industrie Mainz, Arnsdorfer Papierfabrik Heinrich Richter, Deutsche Glasglühlicht-Akt.-Ges. Auer in Liq., Corona Fahrradwerke und Metallindustrie, Lothringer Portland-Cementwerke, Ludwig Hupfeld Akt.-Ges., Esplanade-Hotel Akt.-Ges., J. Brüning &amp; Sohn, Rheinisch-Westfälische Kalkwerke, Breckamp Bank für Deutschland, Akt.-Ges. Geresheimer Glashüttenwerke, Schwabenbräu, Dresdner Maschinenfabrik und Schiffswerft Uebigau, Sielaff Maschinenfabrik.</p>
<p><b>Montag,</b> 22. Dezember</p>	<p>G.-V.: Deutsche Gold- und Silberscheide-Anstalt vorm. Rössler, Tellus Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenindustrie, Victoria-Werke Nürnberg, Malmédie Maschinenfabrik, Eisleber Disconto-Gesellschaft, J. P. Bemberg Akt.-Ges., Thüringische Nadel- und Stahlwarenfabrik Wolff &amp; Knippenberg, Weissbier-Actienbrauerei Bolle, Kölnische Unfallversicherungs-Akt.-Ges., Dresdner Gardinen- und Spitzenmanufactur, Kammerich-Werke Akt.-Ges., Berliner Wäschefabrik Ritter, Terrain-Akt.-Ges. Müllerstrasse, H. B. Sloman Salpeterwerke, Grube Leopold bei Edderitz, Hessische und Herkulesbrauerei Cassel. — Schluss des Bezugsrechts F. H. Hammersen Akt.-Ges., Bezugsrechts Aktien Deutsche Nationalbank Bremen, Bezugsrechts Badische Anilin- und Sodafabrik.</p>	<p>Verlosungen: 20. Dezember: 5% Congo 100 Fr. (1888), 3% Stadt Paris 400 Fr. (1910). 22. Dezember: 2<sup>8</sup>/<sub>10</sub>, 2<sup>8</sup>/<sub>10</sub>, 3% Credit foncier 250 u. 500 Fr. (1892, 1895, 1906, 1912). 25. Dezember: 2% Stadt Paris Metro 500 Fr. (1899). 27. Dezember: Ung. Hyp.-Bank 100 Kr. (1906). 31. Dezember: Beyilacqua la Masa 10 Lire (1896/98), San Marino 25 Lire (1908), Braunschweiger 20 Tlr. (1868).</p>	
<p><b>Dienstag,</b> 23. Dezember</p>	<p>G.-V.: Ed. Lingel Schuhfabrik, Zuckerfabrik Frankeenthal, Spinnerei Deutschland Gronau Westf., Rheinische Akt.-Ges. für Braunkohlen- und Briquetfabrikation, Bank für Handel und Gewerbe Bremen, Basalt-Akt.-Ges., Helios Elektrizitäts-Akt.-Ges. in Liq. — Schluss des Bezugsrechts neue Aktien Nobel Dynamit-Akt.-Ges.</p>	<p>der regulären, oft spottschlecht bezahlten Arbeit im Berufe schnell und viel Geld „machen“ könne. Der Wirtschaftskritiker möchte seine Stimme erheben und sagen: „Herrschaften, lange könnte Ihr das in der Burgstrasse doch nicht so weiter treiben. Denkt an die schönen Sprüchlein, von denen Ihr nie zurzeit (auch nicht im August 1918!) etwas hören wolltet; von den Bäumen, die nicht bis in den Himmel wachsen, und von den Letzten, die die Hunde beißen!“ Aber der Mut hierzu entsinkt ihm, wenn er sich die Gestaltung unserer Valuta anschaut. Er sieht eine Wage vor sich, auf deren einer Schale unsere Valuta liegt; sie sinkt trotz kleiner ruckweiser Widerstände immer tiefer, während auf der anderen Schale Sachwerte liegen, die immer mehr nach oben getragen werden.</p>	
<p><b>Mittwoch,</b> 24. Dezember</p>	<p><i>Reichsbankausweis.</i></p>	<p>Es ist hier ja schon oft darüber gesprochen worden, wie die Flucht vor der nun auf 9 Pfennige im Ausland entwerteten Mark das deutsche Volk zum Umtausch seines Geldes in alles nur Denkbare treibt, dessen Substanz im Werte von den Schwankungen des Papiergeldwertes unabhängig ist. Das ist eine Bewegung, der nicht entgegengewirkt werden kann, weil sie sich auf den elementarsten Trieb im Menschen, den der Selbsterhaltung und der Erhaltung des Besitzes stützt und weil sie alle Schleusen und Dämme, die man ihr entgegensetzen könnte, überschwemmt und durchbrechen wird. Wenn man sein in Geld angelegtes Kapital sich immer mehr verflüchtigen sieht, so sieht man natürlich den Umtausch in andere fundierte und gesicherte Werte herbeizuführen. Und solange Aktien eben Anteile an Sachwerten, an Fabriken, Kohlengruben, Erzlagern, elektrischen Anlagen darstellen, werden sie dem anlage-suchenden Besitz wertvoller erscheinen als das Geld, über dessen voraussichtliche Kaufkraft im Auslande und auch</p>	
<p><b>Donnerstag,</b> 25. Dezember</p>	<p>Ironage-Bericht. — Bankausweise London Paris. — Weihnachtsfest.</p>		
<p><b>Freitag,</b> 26. Dezember</p>	<p>Weihnachtsfest.</p>		
<p><b>Sonnabend,</b> 27. Dezember</p>	<p>Bankausweis New-York. —</p>		
<p><b>Montag,</b> 29. Dezember</p>	<p>G.-V.: Bank für Bergbau und Industrie, Stahlwerke Rich. Lindenberg, Stahlwerke Brüninghaus, Ludwig Löwe Akt.-Ges., Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft, Schwabinger Brauerei, Centralbank für Eisenbahnwerte, Norddeutsche Kabelwerke, Bank für Bergbau und Industrie, Köln-Neuessener Bergwerks-Verein, Maschinenbau-Anstalt Humboldt, Kollmar &amp; Jourdan Uhrkettenfabrik, Rheinische Elektrizitäts-Gesellschaft, Niederschlesische Elektrizitäts- und Kleinbahn.</p>		

im Inlande in vier Wochen oder gar in den dräuend bevorstehenden schwersten Tagen des März und April wir nichts aber auch garnichts wissen. Aber das Publikum draussen im Lande versteht doch eigentlich diese der Börse selbst klaren Zusammenhänge im allgemeinen nicht. Es kauft, weil es Gewinnchancen in den Kursen wittert, wie es immer kauft, wenn „es an der Börse steigt“ (und Hals über Kopf verkauft, wenn der erste Rückschlag kommt) und es sieht in alldem nur das stark lockende Spiel, den Nervenkitzel und den anscheinend risikolosen und mühelosen Verdienst. Die riesenhafte Gefolgschaft dieser Kreise, die blindlings und ohne Unterschied der Aktienarten auf Tips und auf gute Ratschläge hin kaufen und immer wieder hinzukaufen, schliesst aber auch in der heutigen Situation die stete Gefahr ein, dass nonvaleur über Gebühr emporgetrieben und dass auch da, wenn einmal der Stein im Rollen ist, weiter nach unten getrieben wird, wenn einmal eine — anscheinend nur noch durch eine internationale Finanzkonferenz erreichbare — allmähliche Wiederaufwärtsbewegung unseres Papiermarkkurses kommen sollte.

Vorläufig allerdings geben der Hausse ja ausser der ständigen trostlosen Verschlechterung der Gelder die grossen Auslandskäufe eine starke Stütze, und hier muss man schon sagen, dass, wenn also das Ausland nun weiter — was hier oft genug als ausserordentlich unheilvoll bezeichnet wurde — uns unsere guten Börsenwerte fortkauft, es sie auch so teuer als nur möglich bezahlen

soll. Und weiter: wie sollte die Börse nicht neuen Anlass sehen, die Kurse nach oben zu revidieren, wenn ein einziger neuer Reichsbankausweis uns zeigt, dass die Notenpresseinkürzester Zeit hat  $1\frac{1}{2}$  Milliarden *M* neue Noten hervorzubringen müssen. Und wie soll dies anders werden, wie unsere Valuta sich bessern, wenn nach wie vor alle Kapitalfluchtgesetze versagen, wenn der Exporteur seine gegen Ausfuhr deutscher Waren erhaltenen Gelder im Auslande stehen lässt und auf Grund seines holländischen oder schwedischen Depotscheins Kredite für neue Arbeiten und erneute Kapitalsverschiebungen hier in Hülle und Fülle erhält?

Ganz Europa ist heute an der Mark interessiert. In Holland und in Skandinavien spekuliert jeder Hotelkellner à la baisse, weil die englischen Reisenden mit grosstuehrischer Wichtigkeit jedem, der es hören will, erzählen, dass Lombardstreet die Mark bis auf einen penny herunterboxen würde. Und in Spanien und der Schweiz liegen bei Geschäftsleuten und Deutschenfreunden, die an unsere Zukunft glauben, bei guten Deutschschweizern, die sie noch mit 70 Centime gekauft haben, Milliarden von Mark. Getäuschte Hoffnungen, — . . Papiermassen, deren riesenhafte Menge leicht einen etwaigen Aufstieg wieder ersticken kann, wenn sie — des langen Wartens müde — beim ersten Frühlingslüftchen auf den Markt geworfen werden. — Gefahr ringsum.

Justus.

## Plutus-Archiv.

### Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

**Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege.** Von Konrad Haenisch, Preussischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Vierte Auflage. Berlin 1919. C. A. Schwetschke & Sohn, Verlagsbuchhandlung. Preis *M* 5.—.

**Stirben und Werden des liberalen Bürgertums.** Ein Bekenntnis von Dr. jur. Herm. Goldschmidt-Faber. Berlin 1919. C. A. Schwetschke & Sohn, Verlagsbuchhandlung. Preis *M* 6.—.

**Währung und Valuta.** Eine Einführung in das deutsche Geldproblem der Gegenwart. Von Dr. rer. pol. Fritz Terhalle a. o., Professor an der Universität Jena. Jena 1919. Verlag von Gustav Fischer. Preis *M* 3.60.

Die deutsche Geldverfassung gestern und heute. — Ursachen und Wirkungen der Währungsverschlechterung. — Die Valuta. — Die Zukunft von Währung und Valuta.

**Friedensangebot und U Boot-Krieg.** Wortlaut der Aussage des früheren Reichskanzlers im Untersuchungsausschuss. Von Bethmann Hollweg. Berlin 1919. Verlag Reimar Hobbing. Preis *M* 1.10.

**Prämienanleihe.** Neue Wege im deutschen Anleihewesen. Von Dr. H. Schippel, Regierungsrat im Reichsfinanzministerium. Berlin 1919. W. Moeser, Buchhandlung. Preis *M* 1.—.

**Valuta und Auslandskredit.** Von Georg Bernhard. Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung. Berlin 1919. Preis *M* —.50.

**Grossdeutschland und das Meer.** Von Friedrich Sass. Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft. Herausgeber Professor Dr. Franz v. Mammen. Dresden und Leipzig 1918. „Globus“, Wissenschaftliche Verlagsanstalt. Preis *M* 1.20.

**Der Frieden und die Zukunft der Weltwirtschaft.** Offener Brief an die gerecht denkenden Minderheiten in den alliierten und neutralen Ländern. Von Professor v. Schulze-Gaevernitz, Mitglied des Reichstages während des Krieges und der Deutschen Nationalversammlung zu Weimar. Professor der Nationalökonomie zu Freiburg i. Br. Zürich 1919. Art. Institut Orell Füssli. Preis *M* 3.—.

**Die Massenseele.** Ein Beitrag zur Psychologie des Krieges, der Kunst und der Kultur. Von Siegfried Sieber, Dr. phil., Leutnant d. R. Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft, Herausgeber Professor Dr. Franz von Mammen, Heft 57, Dresden und Leipzig 1918. „Globus“, Wissenschaftliche Verlagsanstalt. Preis *M* 2.—.

**Übersicht über Vermögen, Einkommen und Verbrauch.** Eine Einleitung zum planmässigen Sparen und zur Schaffung einer zuverlässigen Unterlage für die Steuern. Mit Rücksicht auf die in der Reichsabgabenordnung vorgeschriebene Buchführungspflicht bearbeitet von Hugo Meyerheim. Berlin 1920. Handelspraktischer Verlag. Preis *M* 1.—.

**Kursschwankungen preussischer und deutscher Staatsanleihen vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Weltkrieges.** Von Dr. Willy Krebs, Berlin 1919. Generalverband der

deutschen Raiffeisen - Genossenschaften, e. V. Preis *M* 3.—.

**Versailles. Einsichten und Aussichten.** Von Dr. Wilhelm, Teilnehmer der deutschen Friedensdelegation. Dresden 1919. Oscar Laube Verlag. Preis *M* 4.—.

**Prämienlöhne.** Von Dr. rer. pol. Matthias Koch, Neuss D. H. H. C., Sonderabdruck aus der Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung. 12. Jahrgang. Herausgegeben von Professor E. Schmalenbach, Leipzig 1919. G. A. Gloeckner, Preis *M* 2.— und 10% Teuerungszuschlag.

**Internationaler Zahlungsverkehr und Wechselkurse.** Von Dr. F. Schmidt. Der Zahlungsverkehr Band II, Leipzig 1919. G. A. Gloeckner. Preis *M* 14.— geh., *M* 16.— geb.

Bilanzgedanke und Wechselkurse. — Die internationalen Zahlungsmittel. — Die Preise der Zahlungsmittel. — Die technischen und rechnerischen Grundlagen des Zahlungsmittelhandels. — Der Handel in ausländischen Zahlungsmitteln. — Die langfristigen Bewegungen der Wechselkurse. — Die Abhängigkeit des Wechselkurses von Zinsgeschäften und Marktzinsdifferenz. — Die Arbitrage im Zahlungsmittelmarkt. — Die Beherrschung der Wechselkurse. — Die Wechselkurse während des Krieges. — Die Wechselkurse nach dem Kriege.

**Das Geld auf der Strasse.** Roman von G. R. Chester. Berlin 1919. Verlag von Erich Reiss. Preis *M* 12.50.

**Spanien.** Zeitschrift für Auslandskunde. Organ des Verbandes Deutschland-Spanien. Herausgegeben vom Ibero-amerikanischen Institut Hamburg. 1919. Preis *M* 2.—, Heft I.

**Die Zukunft Deutschlands und die Zukunft der Staatswissenschaft.** Von Plenge. Ein Weckruf an den staatswissenschaftlichen Nachwuchs. Essen a. d. Ruhr 1919. G. D. Baedekers Verlag. Preis *M* 3.—.

**Finanz-Gesundung aus Währungsnot.** Von Rudolf Dalberg, Dr. jur. und phil. Regierungsrat. Berlin 1920. Carl Heymanns Verlag. Preis *M* 6.50.

Die Finanzlage. — Sanierung durch Stabilisierung niedrigen Geldwertes. — Die Senkung des äusseren Geldwertes (Valutarückgang) und seine finanziellen Wirkungen. — Staatsbankrott und seine Folgen.

**Die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns und die Verwaltung von Handel, Industrie und Gewerbe.** Denkschrift der Handelskammer München über die zukünftigen Aufgaben des Staatsministeriums für Handel, Industrie und Gewerbe. Verfasst von Dr. Julius Luebeck. München-Leipzig 1919. Verlag Duncker und Humblot. Preis *M* 10.—.

Die Gestaltung des Wirtschaftslebens in den letzten Jahrzehnten. — Die staatliche Fürsorge für Handel und Gewerbe im Deutschen Reich und in Preussen. — Die staatliche Fürsorge für Handel, Industrie und Gewerbe in Bayern.

**Rettung aus der Valuta-Not.** Von Dr. J. Reichert. November 1919. Zeitfragen-Verlag, Berlin-Zehlendorf-West. Preis *M* 5.—.

**Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919.** Textausgabe mit einer Anleitung, Anmerkungen und ausführlichem Sachregister. Von Conrad Bornhak. München, Berlin und Leipzig. J. Schweitzer, Verlag. Preis *M* 2.90.

**Beiträge zu den Problemen der Zeit, Heft 10. Im roten Budapest.** Von E. Szatmari, Heft 11. Was uns not tut. Von Max Hildebert Boehm. Sondernummer für die heimkehrenden Kriegsgefangenen. August 1919, Heft 12. Kommunismus und Produktivität. Von Dr. Peter Elb, Heft 13. Die Revolutionstage in Helsingfors Februar bis Dezember 1917. Von einem russischen Militär. Berlin 1919. Kulturliga G. m. b. H. Preis jeder Nummer *M* 0.50.

**Volkswirtschaftliche Gespräche.** Nr. 1. Arbeit und Wirtschaft. Von Friedrich Thiele. Nr. 2. Bedürfnisse und Güter. Von Friedrich Thiele. Nr. 3. Kapital und Vermögen. Von Friedrich Thiele. Berlin 1919. Verlag der Kulturliga. Preis jeder Nummer *M* 0.30.

**Die Grenzen der Freiheit, Gleichheit u. Brüderlichkeit.** Von Julius Vogel. Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft. Herausgeber Professor Dr. Franz von Mammen. Heft 62. Dresden und Leipzig 1918. „Globus“, wissenschaftliche Verlagsanstalt. Preis *M* 1.20.

**Deutschland muss seine Kolonien wiederhaben.** Von Hans Poeschel. Berlin 1919. Verlag von Dietrich Reimer (Ernst Vohsen). Preis 1 *M*

**Friedens-Rüstungen.** L. S. Friedenheim. Ein Beitrag zur Rüstungsfrage von Lotten Scholander-Friedenheim. Stockholm. Tryckeri Aktiebolaget Thule. Preis 1,50 *M*

**Klassenarmee und Volkswehr.** Von Richard Seidel. Verlegt bei Paul Cassirer. Berlin 1919. Preis *M* 3.50.

Das alte Unrecht. — Historisches. — Bourgeoisie und Militarismus. — Die Volkswehr. — Die Grundformen der neuen Armee. — Wege und Formen des Uebergangs.

**Die Betriebsgewinne der deutschen Versicherungsgesellschaften.** Ein Beitrag zur Frage der Verstaatlichung des Versicherungswesens von Dr. jur. et rer. pol. Karl Weiss, Mannheim. Mannheim 1919. J. Bensheimer Verlag. Preis *M* 6.—.

Allgemeine Betrachtungen. — Die Gewinne der einzelnen Versicherungszweige in den letzten 10 Jahren. — Die Gewinne aller Versicherungszweige. — Schlussbetrachtung.

**Die Friedensfrage im Zusammenhang mit Bildungs- und Kulturproblemen der Gegenwart.** Von Prof. E. R. Jaensch in Marburg. Verlag von Johann Ambrosius Barth. Leipzig 1919. Preis *M* 0.80. Heft 1 der Sammlung Wissenschaft und Leben.

**Der neue Staat.** Von Walter Rathenau. S. Fischer Verlag, Berlin. Preis *M* 1.25. Der neue Staat — Arbeit.

**Am Ausgang der deutschen Sozialdemokratie.** Von Paul Lensch. S. Fischer Verlag, Berlin 1919. Preis *M* 0.80

**Historisch-politische Jahresübersicht für 1918** Von Gottlob Engelhaaf. Stuttgart 1919. Carl Krabbe Verlag. Erich Gussmann. Preis *M* 5.60.

Geschichte der einzelnen Staaten. — Der Weltkrieg. — Dokumentarischer Anhang.

**Der Granaten-Krüppel.** Von W. A. Rumpf. Anzengruber Verlag. Wien-Leipzig 1919. Preis Kr. 4.—.

**Der entfesselte Mensch.** Roman von Otto Soyka. Berlin 1919. Verlag Ullstein & Co. Preis *M* 5.— geb.

**Die Vermögensaufstellung.** Verordnung von Vermögensverzeichnissen nebst den amtlich festgesetzten Steuerkursen der Berliner Börse. Mit Vordrucken zur Aufnahme der Vermögensaufstellung erläutert von Dr. Karl Hoffeld, Regierungsrat im Reichsministerium der Finanzen. Carl Heymanns Verlag, Berlin W. 8. Preis *M* 4.—.

**Soziale Kultur.** 39. Jahrgang. Vierteljährlich *M* 1.50. M.-Gladbach 1919. Volksvereinsverlag. Mai 1919. 5. Heft.

Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes nach den Artikeln 620—625 des neuen schweizerischen Zivilgesetzbuches. Von Hand L. Rudloff, Falken (Werra). — Was bedeutet Russland für die zukünftige Versorgung Deutschlands mit Schlachtvieh? (Von A. R. Erlbeck Leipzig).

**Hausfrauen-Konferenzen.** Ihre Einrichtung und ihre Aufgaben. Sonderabdruck aus „Prasides-Korrespondenz“. Von Matthias Mauss. M.-Gladbach 1918. Volksvereins-Verlag. Preis *M* 0.60.

**Unsere Welt. Schöpfung oder Ewigkeit?** Von Dr. Johannes Baumüller. M. Gladbach 1918. Volksvereins-Verlag. Preis *M* 0.45.

**Die bulgarische Nation und der Weltkrieg.** Gesammelte Aufsätze. Von Dr. Iv. Gheorgow, Professor an der Universität in Sofia. Mit einem Vorwort von Dr. G. Stresemann, M. d. R. Veröffentlicht von der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft. Berlin 1918. Verlag A. Hofmann & Co. Preis 6.— *M*.

Begleitwort. — Vorwort von Dr. G. Stresemann, M. d. R. — Was sind wir Bulgaren. — Die Wiedergeburt der bulgarischen Nation und die Befreiungskämpfe. — Teilung und kein Ende. — Die Logik der Makedonier. — Die Lage in Makedonien. — Die Ursachen des Balkankrieges. — Die Serben und der Balkanbund. — Der Bukarester Friede und Makedonien. — Die makedonische Frage nach dem bucarester Frieden. — Zum Schutze der Bulgaren. — Die Serben in Makedonien. — Bulgariens Politik. — Bulgarien und die Zentralmächte. — Die Rolle Bulgariens im Weltkrieg. — Makedonien und der Weltkrieg. — Makedoniens Helden. — Wir Makedonier einst und jetzt. — Bulgariens Kriegsziele und die Sozialisten. — Makedoniens „Analphabeten“. — Ein Opferlamme zum Friedensschluss. — Ungarn und Bulgaren. — Türken und Bulgaren. — Die Universitätsbildung in Bulgarien.

**Erste Reichstagung kaufmännischer Angestellter Deutschlands in Berlin am 10. März 1918.** Veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände. Preis 60 Pfg.

Die Kaufmannskammern. Von Herrn Richard Döring, Hamburg. — Die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer. Von Henry Schaper, Hamburg. — Die Gehaltsfrage der kaufmännischen Angestellten. Von Wilhelm Beckmann, Leipzig.

**Ueber Misstände der städtischen Hypothekverhältnisse und über Mittel zur Abhilfe.** Von Geh. Justizrat Georg Kempf. Berlin 1918. W. Moesersche Buchhandlung. Preis 1.60 M.

**Die Deutschen in Russland.** Von Friedrich Dukmeyer. Zeitspiegel, Heft 10. Herausgeber H. Mühlbrecht. Berlin 1918. Puttkammer & Mühlbrecht. Preis 2.— M.

Die Deutschen in Moskowien und bei Peter dem Grossen. — Die Balten. — Die Kolonisten. — Die Anderen und der Uebergang ins Russentum. — Die Deutschen in der Schilderung russischer Schriftsteller. — Der Krieg.

**Stadt und Land.** Von Dr. K. v. Rümker-Berlin, Geh. Regierungsrat, Professor an der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin. Berlin 1918. Verlag von Paul Parey. Preis 1.— M.

**Vergesellschaftung industrieller Betriebe.** Von S. Herzog, Beratender Ingenieur. Zürich 1919. Verlag von Rascher & Co. Preis Frs. 3.—.

Vorbemerkungen. — Betrieb. — Verdienst und Lebenserhaltung. — Herrensein. — Unterordnung. — Arbeitsmass. — Selbstwille. — Verantwortlichkeit. — Mitbestimmung. — Zusammenfassung.

**An der Wiege Mitteleuropas.** Dritte Auflage der Schrift „Ein deutsch-österreichisch-ungarischer Zollverband“. Von Julius Wolf. Leipzig 1917. A. Leichertsche Verlagsbuchhandlung Werner Scholl. Preis *M* 1.20.

Möglichkeiten des handelspolitischen Zusammenschlusses für Deutschland und Oesterreich-Ungarn. — Das Reziprozitäts-System. — Die „Vorzugsbehandlung“. — Der „Dreivorschlag“ des M. E. W. V. (Bindung der gegenwärtigen Zölle, Erweiterung der Freiliste, Veredelungsverkehr). — Der Zollverband. — Vorzugszölle oder Zollverband. — Handelspolitische Unwirksamkeit von Vorzugszöllen. — Widerstand gegen Vorzugszölle von anderen Staaten? — Das Misstrauen gegen einen Zollverband. — Oesterreich-Ungarns bisheriger wirtschaftlicher Rückstand. — Oesterreich-Ungarns Aussenhandel gegen andere

Länder. — Bedeutung der Ausfuhr für das deutsche Volk. — Einverständliche Handelspolitik der Monarchien. — Bedeutung der Loslösung Polens von Russland für den handelspolitischen Zusammenschluss. — Nochmals die Mittel dieses Zusammenschlusses. — Die durch Kriegsgewinne und Abschreibungen für die österreichisch-ungarische Industrie neu geschaffene Sachlage. — Die Produktionskosten in Oesterreich und Ungarn gegen Deutschland. — Vergleich der Produktionskosten in den Eisenindustrien Deutschlands und Oesterreich-Ungarns. — Höhere Vertriebskosten und Handelsgewinne in Oesterreich und Ungarn.

**Europas Kapital und Arbeit nach dem Kriege.** Von Hermann Mehner. Jena 1918. Verlag bei Eugen Diederichs. Preis *M* 1,20.

Einleitung. — Milliardenquellen. — Die Politik des Mehrwertes. — Zwangsdemokratie. — Annektieren oder assimilieren? — Wirtschaftsblüte und Kulturbüte. — Internationale Kinder. — Militarismus und Massenheer. — Die reale Garantie des Friedens. — Vom Imperialismus zur Organisation.

**Das Leder in der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege.** Untersuchungen zum Problem der „Uebergangswirtschaft“ für das Lederfach. Von Rudolf Goerrig. Berlin 1918. Verlag „Die Lederindustrie“. Preis *M* 0,90.

**Bankkrisen und Bankkatastrophen der letzten Jahre in der Schweiz.** Von Dr. oec. publ. Ernst Wetter, Prof. an der Kantonalen Handelsschule Zürich. Mit einem Vorwort von Dr. jur. Gottlieb Bachmann, Professor an der Universität Zürich. Zürich 1918. Verlag vom Art. Institut Orell Füssli. Preis 12 Fr.

Quellen. — Vorwort. — Einleitung. — Die einzelnen notleidenden Institute in den Kantonen Zürich, Bern, Aargau und Baselland, Tessin. — Die Krisis der Ersparniskasse Uri. — Der Zusammenbruch einzelner Privatfirmen. — Die Entwicklung des Centralbank-Konzerns. — Allgemeine Momente. — Der Verwalter oder Direktor. — Der Verwaltungsrat. — Die Kontrollstelle. — Sachliche Momente: Die Frage der Geld- und Mittelbeschaffung. — Die Frage der Liquidität. — Die Frage der Rentabilität. — Die mangelnde Risikoverteilung. — Das Ueberschreiten des natürlichen Geschäftsraysons. — Die Frage der Publizität. — Die Frage der Aufsicht. — Staatliche Bankpolitik. — Schlusswort. — Nachwort. — Sachregister.

**Flugschriften der Münchener Neuesten Nachrichten.** 1. Heft. Politik und Kriegführung. Eine Gegenwartsstudie von Franz Carl Enders, kais. osm. Major a. D. München 1917. Verlag von Knorr & Hirth. Preis *M* 0.80.

**Das dritte Jahr des Kulturkrieges.** Von Waldemar von Seidlitz. 174. Flugschrift des Dürerbundes. München 1918. Verlag von Georg D. W. Callwey. Preis *M* 0,60.

**Burgen und befestigte Gutshöfe um Frankfurt a. M.** Geschichte und Sage. Von Siegfried Nassauer. Mit 130 Abbildungen, Karten und Plänen nebst einer Autotypie: die Schlacht bei Cronberg. Vierte verbesserte und vermehrte Auflage. Frankfurt a. M. Verlag der Goldsteinschen Buchhandlung. Preis geb. *M* 4.50.

Burgen im Taunus. — Burgen im Landkreis Frankfurt, in Oberhessen, im Kreis Hanau. — Befestigte Höfe. — Schlösser und Burgen am Main.

Auf den diesem Heft beiliegenden Prospekt des Verlages Ferdinand Enke, Stuttgart: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Ch. Eckert: **Der Eintritt der erfahrungswissenschaftlichen Intelligenz in die Verwaltung**, machen wir hierdurch unsere Leser besonders aufmerksam.

